

September 2011

EITI Transparenz

– ein erster Schritt auf dem Weg
zur Ressourcengerechtigkeit



Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency
Initiative (EITI) in der zentralafrikanischen Region

REPORT

Brot
für die Welt

MISEREOR
IHR HILFSWERK

GLOBAL POLICY FORUM
europe

Impressum

Transparenz – ein erster Schritt auf dem Weg zur Ressourcengerechtigkeit

Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)
in der zentralafrikanischen Region

Herausgeber:

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.
für die Aktion „Brot für die Welt“
Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Tel. 07 11-2159-568
Fax. 07 11-2159-569
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de
Kontakt: Martin Quack

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V.

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Tel. 02 41-442-168
Fax. 02 41-442-188
info@misereor.de
www.misereor.de
Kontakt: Elisabeth Strohscheidt

Global Policy Forum Europe

Königstraße 37a
53115 Bonn
Tel. 02 28-96 50 510
Fax 02 28-96 38 206
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.eu
Kontakt: Jens Martens

Autoren: Heidi Feldt, Axel Müller

Redaktion: Jens Martens

Redaktionelle Mitarbeit: Martin Quack, Elisabeth Strohscheidt, Karolin Seitz

Gestaltung/Produktion: Leppelt Grafik & Druck GmbH

Bilder: Titel (im Uhrzeigersinn): Axel Müller/MISEREOR (Mitglieder der *Publish What You Pay*-Koalitionen aus Zentralafrika, Ölförderung in der Republik Kongo), Christoph Krackhardt/„Brot für die Welt“ (Erdölförderung im Tschad), Karten S. 16 bis 21: Maps in Minute

Aachen/Bonn/Stuttgart, September 2011

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-943126-02-0

Inhalt

Vorwort	5
1. Ziele, Prinzipien und Struktur von EITI	7
Ziele und Prinzipien von EITI	7
Struktur der Initiative	9
2. Rohstoffsituation in der zentralafrikanischen Region	12
Erdölproduktion	13
Bergbau	13
Äquatorialguinea	14
Demokratische Republik Kongo	15
Gabun	16
Kamerun	17
Republik Kongo (Kongo-Brazzaville)	19
Tschad	20
Zentralafrikanische Republik	21
3. EITI in Zentralafrika	23
Äquatorialguinea	24
Demokratische Republik Kongo	24
Gabun	26
Kamerun	27
Republik Kongo (Kongo-Brazzaville)	28
Tschad	29
Zentralafrikanische Republik	30
4. Zwischenbilanz von EITI	32
Hypothese 1: Politischer Spielraum der Zivilgesellschaft vergrößert	32
Hypothese 2: Mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Ressourcen für die Armutsbekämpfung ..	34
Hypothese 3: Weitere Reformen im extraktiven Sektor angestoßen	36
5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Zukunft von EITI	37
Literatur	40
Abkürzungen	43
Anhang	45
Anhang 1: Struktur der EITI-Komitees in den Ländern Zentralafrikas	45
Anhang 2: Liste der Interviewpartner	51

Tabellen, Textkästen und Abbildungen

Tabelle 1	An EITI beteiligte Länder	10
Tabelle 2	Zusammensetzung des EITI-Vorstands 2011	10
Tabelle 3	Zeitlicher Überblick über die Entwicklung von EITI	11
Tabelle 4	Indikatoren für die Entwicklung in der zentralafrikanischen Region	12
Tabelle 5	Erdölproduktion der zentralafrikanischen Länder	13
Tabelle 6	Wirtschaftliche Bedeutung des Rohstoffsektors 2009	14
Tabelle 7	Erdölproduktion Kameruns	18
Tabelle 8	Umsetzung von EITI in den Ländern Zentralafrikas	23
Tabelle 9	Erdöleinnahmen in Kamerun – Soll und Ist	27
Kasten 1	Die EITI-Prinzipien	8
Kasten 2	Die EITI-Kriterien	9
Abbildung 1	Rohstoffe und EITI-Status der Länder Zentralafrikas	22

Vorwort

Die Ausbeutung von mineralischen und fossilen Rohstoffen führt in vielen Ländern zu Menschenrechtsverletzungen, steigender Armut und Gewalt. Viele Partnerorganisationen von „Brot für die Welt“ und MISEREOR setzen sich für die betroffenen Menschen ein. Sie setzen sich dafür ein, dass die Betroffenen vom Rohstoffabbau in ihren Ländern profitieren, sie ihre Menschenrechte wahrnehmen können, die Umwelt nicht zerstört wird, und vor allem, dass sie über Planungen, Projekte und Verträge in Zusammenhang mit Exploration, Abbau und Rehabilitierung ehemaliger Bergbau- und Ölfördergebiete frühzeitig und umfassend informiert und an Entscheidungen beteiligt werden. Eine Voraussetzung dafür, dass der Rohstoffreichtum eines Landes den Menschen zugutekommt, ist Transparenz. Dies schließt auch die Offenlegung der Geldflüsse zwischen Rohstoffunternehmen und Regierungen ein. Die vorliegende Studie ist Bestandteil der gemeinsamen Bemühungen von „Brot für die Welt“, MISEREOR und dem Global Policy Forum, zur Verbesserung der Transparenz im Rohstoffsektor beizutragen.

Im Jahr 2002 wurde die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, die Transparenz der Zahlungsströme im Rohstoffsektor zu erhöhen. Nach bald zehn Jahren, in denen sich über 30 Staaten der Initiative angeschlossen haben, gibt es genügend Erfahrungen, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Hat EITI die eigenen Ansprüche erfüllt und tatsächlich dazu beigetragen, die Transparenz der Zahlungsflüsse zwischen Konzernen und Regierungen in den Rohstoffländern zu erhöhen, Korruption zu reduzieren, den Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft zu erweitern, die Rohstoffgovernance zu stärken und letztendlich Armut zu reduzieren?

Unsere Studie geht diesen Fragen anhand von Erfahrungen in den Ländern der zentralafrikanischen Region nach. Sie soll aus zivilgesellschaftlicher Perspektive insbesondere die folgenden Fragen beantworten:

1. Hat EITI dazu beigetragen, den politischen Spielraum der Zivilgesellschaft zu vergrößern? Wenn ja, woran zeigt sich dies? Was hat diese Entwicklung begünstigt?
2. Hat EITI mehr Transparenz über die Einnahmen aus dem extraktiven Sektor in den Rohstoffländern geschaffen? Hat EITI dazu beigetragen, dass in den Ländern offener über die Verwendung der Einnahmen diskutiert wird?
 - Wenn nein, worin bestanden die Schwierigkeiten?
 - Wenn ja, welches waren die entscheidenden Voraussetzungen für Fortschritte?
3. Hat EITI den Boden für weitere Reformen im Rohstoffsektor der jeweiligen Länder geebnet?
 - Wenn ja, welche Reformen waren dies?
 - Wenn nein, was waren die Gründe dafür, dass dies nicht geschehen ist?
4. Wo sehen die zivilgesellschaftlichen Organisationen (Civil Society Organisations, CSOs) die Defizite der EITI-Umsetzung und welche Ansatzpunkte für Verbesserungen werden in den zentralafrikanischen Ländern diskutiert?

Ausgehend von diesen Fragen wurden im Dezember 2010 von dem Autorenteam in Kamerun Interviews mit allen EITI-Interessengruppen durchgeführt (s. Liste der Interviewpartner im Anhang). Außerdem wurden Gespräche mit CSOs außerhalb des EITI-Kontextes, mit unabhängigen Fachleuten des Rohstoffsektors sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit geführt.

In der Demokratischen Republik Kongo (DRK), der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und dem Tschad wurden auf Grundlage von Fragebögen telefonische oder persönliche Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die zu EITI arbeiten und zum Teil im nationalen EITI-Komitee vertreten sind, geführt. Viele von ihnen gehören der internationalen zivilgesellschaftlichen Kampagne Publish What You Pay (PWYP) an.

Darüber hinaus wurden die nationalen EITI-Berichte, die EITI-Arbeitsprogramme sowie die Ergebnisse der jeweiligen Evaluierungsberichte („Validierungen“) ausgewertet.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die zentralafrikanische Region, weil MISEREOR und „Brot für die Welt“ in dieser Region Partnerorganisationen haben, die zur extraktiven Industrie arbeiten und Mitglied bei PWYP und EITI sind.¹ „Brot für die Welt“, MISEREOR und das Global Policy Forum haben daher gemeinsam mit Partnern die oben genannten Fragen in der zentralafrikanischen Region exemplarisch untersucht. Die Studie versteht sich als komplementär zu den Aktivitäten der Partner vor Ort und möchte die Arbeit der CSOs in diesen Ländern unterstützen. Aus den Ergebnissen lassen sich aber auch Schlussfolgerungen ableiten, die über die untersuchten Länder hinaus für die Zukunft von EITI insgesamt relevant sind. Sie bestätigen, dass die Transparenz der Finanzflüsse im Erdöl- und Bergbausektor einen unverzichtbaren ersten Schritt auf dem Weg zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Rohstoffpolitik darstellt. EITI leistet dazu in vielen Ländern einen wichtigen Beitrag, stößt aber als freiwillige Initiative an ihre politischen Grenzen, wenn die Bereitschaft von Regierungen und Unternehmen zur ernsthaften Mitarbeit fehlt.

EITI hat in der zentralafrikanischen Region dazu beigetragen, die Erlöse aus der Erdölförderung und dem Bergbau zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen zu machen. Dies wird von Vertretern der dortigen Zivilgesellschaft als großer Fortschritt angesehen. Zugleich zeigt sich aber auch, dass die Korruption im Rohstoffsektor mit EITI allein nicht zu bekämpfen ist. Dazu müsste die gesamte Entscheidungskette über den Rohstoffabbau transparent gestaltet werden. Zudem hängt die Relevanz von EITI entscheidend davon ab, wie aussagekräftig und vollständig die Informationen sind, die im Rahmen der Initiative veröffentlicht werden. Bislang ist dies offensichtlich nur selten der Fall. Unsere Studie kommt daher zu dem Schluss, dass angesichts der bisherigen Erfahrungen eine Weiterentwicklung der Transparenzregelungen im Rohstoffsektor sowohl innerhalb als auch außerhalb des EITI-Prozesses dringend erforderlich ist.

Dr. Bernd Bornhorst, *Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik, MISEREOR*

Dr. Klaus Seitz, *Leiter der Abteilung Politik und Kampagnen, „Brot für die Welt“*

Jens Martens, *Geschäftsführer, Global Policy Forum Europe*

¹ Da aus Kapazitätsgründen nicht alle Länder der Region bereist werden konnten, musste eine Auswahl getroffen werden. Da in Kamerun der Zugang zu Informationen verglichen mit den anderen Ländern der Region relativ gut ist und sich alle Interessengruppen zu Interviews bereit erklärten, wurde dieses Land für die Durchführung der Interviews vor Ort ausgewählt. Der Schwerpunkt der empirischen Untersuchung lag demzufolge in Kamerun. Da keine Rückmeldung aus Äquatorialguinea auf den Fragebogen erfolgte, konnte dieses Land nicht in die Bewertung einbezogen werden.

1. Ziele, Prinzipien und Struktur von EITI

Im Jahr 2002 riefen zivilgesellschaftliche Organisationen die Kampagne Publish What You Pay (PWYP) ins Leben. Ihr Ziel ist es, Unternehmen und Regierungen zu verpflichten, Zahlungen im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen und der Förderung von Öl und Gas offen zu legen. Dadurch sollen in den rohstoffreichen aber armen Ländern die Transparenz der Zahlungsflüsse erhöht, die Korruption reduziert und die Mittel für die Armutsbekämpfung gesteigert werden.² Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) griff diese Idee auf. Noch im selben Jahr von der britischen Regierung auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg lanciert, hat die Initiative schnell wachsende politische Unterstützung erfahren. EITI wird mittlerweile von einem ungewöhnlich breiten Bündnis von Regierungen, CSOs, Unternehmen, Investitionsfonds sowie von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) getragen.

Ziele und Prinzipien von EITI

Ziel von EITI ist eine höhere Transparenz der Zahlungsströme im Rohstoffsektor. Transparenz wird dabei als erster wichtiger Schritt angesehen, um das Potenzial dieses Industriezweigs für die Entwicklung der rohstoffreichen Länder zu nutzen. Zentrale Aspekte des EITI-Prozesses sind

- die Freiwilligkeit des Prozesses (freiwilliger Beitritt der Rohstoffländer zu EITI);
- die Offenlegung der Zahlungen der Unternehmen und der Einnahmen der Regierungen;
- die Überprüfung der Zahlen durch ein unabhängiges Auditierungsunternehmen;
- die regelmäßige Veröffentlichung der EITI-Berichte in einer verständlichen Sprache;
- die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Unternehmen an der Umsetzung von EITI in den jeweiligen Ländern.

Die Grundlagen der Initiative sind in zwölf Prinzipien und einem sechs Punkte umfassenden Kriterienkatalog formuliert (s. Kasten 1 und 2).

Um die Qualität der EITI-Umsetzung zu gewährleisten, findet ein sogenannter Validierungsprozess statt. Diese Validierung erfolgt zwei Jahre nachdem das betreffende Land als EITI-Mitglied mit Kandidatenstatus durch den internationalen Vorstand akzeptiert wurde. Wird dem Land als Ergebnis der Prüfung („Validierung“) bescheinigt, alle EITI-Kriterien erfüllt zu haben, wird es als „konformes Land“ (*Compliant*) zertifiziert. Erfüllt das Land die Kriterien nicht, verbleibt es im Kandidatenstatus und muss sich innerhalb von weiteren zwei Jahren einer erneuten Prüfung unterziehen.³

EITI sieht sich als eine Initiative, die sich von der Idee über Prinzipien hin zu Kriterien und schließlich zu einem globalen Standard mit Regeln und Verfahrensweisen entwickelt hat.

² Für weitere Informationen zum internationalen Netzwerk Publish What You Pay siehe www.publishwhatyoupay.org.

³ Vgl. EITI Rules, including the Validation Guide, Edition 2011 (http://eiti.org/files/EITI_Rules_Validations_April2011.pdf).

Die EITI-Prinzipien

1. *We share a belief that the prudent use of natural resource wealth should be an important engine for sustainable economic growth that contributes to sustainable development and poverty reduction, but if not managed properly, can create negative economic and social impacts.*
2. *We affirm that management of natural resource wealth for the benefit of a country's citizens is in the domain of sovereign governments to be exercised in the interests of their national development.*
3. *We recognise that the benefits of resource extraction occur as revenue streams over many years and can be highly price dependent.*
4. *We recognise that a public understanding of government revenues and expenditure over time could help public debate and inform choice of appropriate and realistic options for sustainable development.*
5. *We underline the importance of transparency by governments and companies in the extractive industries and the need to enhance public financial management and accountability.*
6. *We recognise that achievement of greater transparency must be set in the context of respect for contracts and laws.*
7. *We recognise the enhanced environment for domestic and foreign direct investment that financial transparency may bring.*
8. *We believe in the principle and practice of accountability by government to all citizens for the stewardship of revenue streams and public expenditure.*
9. *We are committed to encouraging high standards of transparency and accountability in public life, government operations and in business.*
10. *We believe that a broadly consistent and workable approach to the disclosure of payments and revenues is required, which is simple to undertake and to use.*
11. *We believe that payments' disclosure in a given country should involve all extractive industry companies operating in that country.*
12. *In seeking solutions, we believe that all stakeholders have important and relevant contributions to make – including governments and their agencies, extractive industry companies, service companies, multilateral organisations, financial organisations, investors, and non-governmental organisations.*

Verabschiedet auf der Lancaster House Conference von EITI im Juni 2003.

Kasten 2

Die EITI-Kriterien

1. *Regular publication of all material oil, gas and mining payments by companies to governments ("payments") and all material revenues received by governments from oil, gas and mining companies ("revenues") to a wide audience in a publicly accessible, comprehensive and comprehensible manner.*
2. *Where such audits do not already exist, payments and revenues are the subject of a credible, independent audit, applying international auditing standards.*
3. *Payments and revenues are reconciled by a credible, independent administrator, applying international auditing standards and with publication of the administrator's opinion regarding that reconciliation including discrepancies, should any be identified.*
4. *This approach is extended to all companies including state-owned enterprises.*
5. *Civil society is actively engaged as a participant in the design, monitoring and evaluation of this process and contributes towards public debate.*
6. *A public, financially sustainable work plan for all the above is developed by the host government, with assistance from the international financial institutions where required, including measurable targets, a timetable for implementation, and an assessment of potential capacity constraints.*

Struktur der Initiative

EITI ist eine Multistakeholderinitiative, in der Rohstoffkonzerne, Investmentfonds, zivilgesellschaftliche Organisationen, rohstoffreiche Länder und unterstützende Länder vertreten sind.

Zurzeit (Stand: Juli 2011) sind 35 Rohstoffländer Mitglied von EITI, weitere 17 (Industrie-) Länder unterstützen die Initiative (vgl. Tabelle 1). Von den rohstoffreichen Industrieländern hat bisher nur Norwegen den Schritt vom Unterstützer- zu einem Umsetzungsland vollzogen.

Rechtlich ist EITI ein eingetragener Verein nach norwegischem Recht. Der Verein EITI wurde im Februar 2009 gegründet. Zu seinen Aufgaben gehört die Wahl des EITI-Vorstands, des internationalen Entscheidungsorgans der Initiative. Die Finanzierung der internationalen Arbeit von EITI erfolgt im Wesentlichen durch die unterstützenden Länder und den Privatsektor (31 Prozent Erdöl- und Bergbauunternehmen, 69 Prozent unterstützende Länder).⁴

Der Vorstand setzt sich aus Vertretern⁵ von fünf Umsetzungs-ländern, drei Unterstützerländern, fünf CSOs, fünf Unternehmen sowie einem Vertreter der Investoren zusammen (vgl. Tabelle 2).

Der Vorstand wird von einem technischen Sekretariat mit Sitz in Oslo unterstützt. Bisher fanden im zweijährigen Turnus globale Konferenzen von EITI statt (vgl. Tabelle 3).

⁴ Der Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) machte 2009/2010 etwa acht Prozent des EITI-Haushalts aus. Mit der zusätzlichen Finanzierung von Trainingsmaßnahmen sowie bi- und multilateraler EZ-Programme in dem Sektor zählt Deutschland zu den größten Gebern der Initiative.

⁵ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Report im Folgenden auf die Verwendung des Gender-I bzw. die gleichzeitige Nennung der maskulinen und femininen Form eines Begriffs verzichtet. Wenn hier die grammatikalisch maskuline Version eines Begriffs verwendet wird, ist die semantisch feminine Form immer eingeschlossen.

Tabelle 1

An EITI beteiligte Länder	
Konforme Länder (11)	Aserbaidshan, Ghana, Kirgisien, Liberia, Mongolei, Niger, Nigeria, Norwegen, Osttimor, Jemen ⁶ , Zentralafrikanische Republik
Kandidatenländer (24)⁷	Afghanistan, Albanien, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Guatemala, Guinea ⁸ , Elfenbeinküste, Indonesien, Irak, Kamerun, Kasachstan, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mosambik, Peru, Republik Kongo, Sambia, Sierra Leone, Tansania, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad
Weitere Länder⁹	Äthiopien, Äquatorialguinea, São Tomé und Príncipe, Ukraine
Unterstützerländer	Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Katar, Spanien, Schweden, Schweiz, USA

Tabelle 2

Zusammensetzung des EITI-Vorstands 2011	
Vorsitzende	Clare Short, ehemalige britische Entwicklungsministerin (1997–2003)
Mitgliedsländer	Niger, DRK, Nigeria, Indonesien, Mongolei Stellvertreter: Mauretanien, Republik Kongo, Liberia, Aserbaidshan, Osttimor
Unterstützerländer	USA, Spanien, Niederlande Stellvertreter: Kanada, Großbritannien, Schweiz
CSOs aus den folgenden Ländern	Mongolei, Ghana, DRK, Großbritannien (Global Witness), USA (Open Society Institute) Stellvertreter: Osttimor, Aserbaidshan, Niger, Niederlande, Peru
Unternehmen/ Investoren/ Wirtschaftsverbände	Statoil, Chevron, AREVA, International Council on Mining and Metals, Shell, Standard Life Investment Stellvertreter: Pemex, ExxonMobil, Freeport-McMoRan Copper & Gold, International Council on Mining and Metals, BP, AllianzGI Investment Europe

⁶ Mitgliedschaft seit Juni 2011 suspendiert. Zur Begründung heißt es bei EITI: "The Board agreed to temporarily suspend Yemen from the EITI process on 9 June 2011 citing concerns that it was not satisfied that the full and active participation of civil society and other actors in EITI implementation could be maintained" (vgl. <http://eiti.org/Yemen>).

⁷ Die Kandidatenländer haben ihre Bereitschaft zur EITI-Umsetzung durch die Erfüllung folgender vier Indikatoren gezeigt. (1) Ausdrückliche Verpflichtung zur Umsetzung von EITI; (2) Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem privatwirtschaftlichen Sektor; (3) Ernennung einer Person zur Leitung der EITI-Umsetzung; (4) Erstellung eines Arbeitsplans, der mit den Interessengruppen (stakeholders) gemeinsam vereinbart wurde (vgl. <http://eiti.org/document/validationguide>).

⁸ Mitgliedschaft zur Zeit suspendiert wegen der schwierigen politischen Situation in dem Land (vgl. <http://eiti.org/Guinea>).

⁹ Äquatorialguinea trat 2007 EITI bei, zeigte jedoch keine Fortschritte in der Umsetzung der EITI-Kriterien. Einer Bitte um Verlängerung des Validierungszeitraums wurde vom EITI-Vorstand nicht stattgegeben. Äquatorialguinea müsste jetzt die Mitgliedschaft neu beantragen. São Tomé und Príncipe bat 2010 um freiwillige Suspendierung. Dieser Bitte kam der EITI-Vorstand nicht nach, da Suspendierung nur im Fall von großer politischer Instabilität und Konflikten möglich ist. Damit ist São Tomé und Príncipe kein Mitgliedsland mehr.

Tabelle 3

Zeitlicher Überblick über die Entwicklung von EITI

Juni 2002	Pressekonferenz zur formalen Gründung der internationalen Kampagne Publish What You Pay (PWYP) in London.
September 2002	Tony Blair kündigt die Gründung der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) anlässlich des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg an.
Juni 2003	Erste EITI-Konferenz in London; offizieller Start der Initiative.
September 2004	Die Finanzminister der afrikanischen Franc-Zone (FCFA-Zone) verabschieden eine Resolution, mit der sie den Beitritt der Mitgliedsländer zu EITI ankündigen.
März 2005	Zweite EITI-Konferenz in London; eine International Advisory Group (IAG) wird eingerichtet, die einen Vorschlag für die weitere Struktur und Arbeitsweise von EITI erarbeiten soll.
Juni 2005	G8-Gipfel in Gleneagles; Unterstützung für EITI im Report der Commission for Africa.
Oktober 2006	Dritte EITI-Konferenz in Oslo; Struktur von EITI wird beschlossen.
September 2007	Das EITI-Sekretariat wird in Oslo eröffnet.
Februar 2008	Der EITI-Vorstand verabschiedet das Validierungskonzept.
Februar 2009	Vierte EITI-Konferenz in Doha; Aserbaidshan wird erstes <i>Compliant</i> -Land.
März 2011	Fünfte EITI-Konferenz in Paris.

2. Rohstoffsituation in der zentralafrikanischen Region

Die zentralafrikanische Region umfasst die Länder Kamerun, Tschad, die Zentralafrikanische Republik (ZAR), Gabun, Äquatorialguinea, die Republik Kongo (Kongo-Brazzaville) und die Demokratische Republik Kongo (DRK) (vgl. Abbildung 1). Diese Staaten gehören zu den ressourcenreichsten des Kontinents. Allerdings haben sie bisher kaum nennenswerte Entwicklungsimpulse aus dem Rohstoffreichtum ziehen können. Sie rangieren überwiegend am unteren Ende der Länderliste des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen (*Human Development Index, HDI*, vgl. Tabelle 4).

Darüber hinaus sind die Länder der Region von Menschenrechtsverletzungen sowie von inner- und zwischenstaatlichen Krisen und Konflikten geprägt, die häufig auf unregelmäßige Rohstoffextraktion und mangelhafte Regierungsführung zurückzuführen sind. Gekennzeichnet sind diese Länder zudem durch hohe Korruption und geringe Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben im extraktiven Sektor.

Tabelle 4

Indikatoren für die Entwicklung in der zentralafrikanischen Region

Land	Index für menschliche Entwicklung (HDI) (Rang) ¹⁰	Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre (in Prozent)	Durchschnittliche Lebenserwartung (in Jahren)	RWI Transparenzindex (in Prozent) ¹¹	Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) (Rang) ¹²
Äquatorialguinea	117	93,0	51,0	k.A.	168
DRK	168	66,6	48,0	22,5	164
Gabun	93	87,0	61,3	41,8	110
Kamerun	131	75,9	51,7	41,8	146
Republik Kongo	126	k.A.	53,9	k.A.	154
Tschad	163	32,7	49,2	k.A.	171
ZAR	159	54,9	47,7	k.A.	154

Quellen: Für HDI, Alphabetisierung und Lebenserwartung: UNDP (2010); für RWI-Transparenzindex: Revenue Watch/Transparency International (2010); für CPI: Transparency International (2010).

¹⁰ Insgesamt wurden 169 Länder bewertet.

¹¹ 100 Prozent bedeutet vollständige Transparenz der öffentlichen Einnahmen aus dem extraktiven Sektor, 0 Prozent vollständige Intransparenz.

¹² Insgesamt wurden 178 Länder bewertet.

Erdölproduktion

Erdöl spielt für die wirtschaftliche Entwicklung der zentralafrikanischen Länder – mit Ausnahme der ZAR – eine zentrale Rolle, wenngleich die Produktionsdaten weit unter denen der führenden Erdölnationen Subsahara Afrikas, Nigeria und Angola liegen (vgl. Tabelle 5).

Während in Gabun und Kamerun die Erdölförderung leicht rückläufig ist, stagniert die Produktion in Äquatorialguinea und stieg im Tschad in den letzten Jahren rasant an. In der Republik Kongo wächst die Erdölproduktion durch die Inbetriebnahme neuer Ölfelder wieder, nachdem Anfang des Jahrhunderts ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Mit Ausnahme von Äquatorialguinea, das seit 2006 einen starken Aufschwung der Gasförderung verbucht,¹³ werden die großen Erdgasreserven der Region bisher kaum genutzt. Sie sollen allerdings in den nächsten Jahren erschlossen werden.

Bergbau

Verglichen mit dem Erdölsektor ist der formale Bergbausektor in den Ländern Zentralafrikas relativ schwach ausgeprägt. In einigen Ländern wie in Kamerun beginnt der industrielle Bergbau erst, in anderen wie der ZAR und der DRK ist der Industriezweig unzureichend in die formale Wirtschaft integriert, der informelle Kleinbergbau bestimmt hier die Produktion. Da dieser Bereich in der Regel steuerlich nicht erfasst wird, trägt der Abbau von mineralischen Rohstoffen entsprechend wenig zu den Staatseinnahmen dieser Länder bei. Darüber hinaus ist die Weiterverarbeitungsindustrie von Rohstoffen so gut wie gar nicht ausgebildet, die Wertschöpfung erfolgt daher nur durch den Abbau der Ressourcen.

Tabelle 5

Erdölproduktion der zentralafrikanischen Länder

Land	Produktionsbeginn	Erdölproduktion in Barrel ¹⁴ /Tag (2009)	Reserven in Mrd. Barrel (2009)
Äquatorialguinea	1991	346.020	1,1
DRK	1975	22.000	0,2
Gabun	1957	241.810	2,0
Kamerun	1978	77.230	0,2
Republik Kongo	1957	274.340	1,6
Tschad	2003	115.000	1,5
ZAR		0	0
Zum Vergleich			
Nigeria	1958	2.211.420	37,2
Angola	1958	1.820.000	9,5

Quellen: US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs (www.eia.gov/countries) und eigene Zusammenstellung.

¹³ Vgl. US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs – Equatorial Guinea (www.eia.gov/countries).

¹⁴ Die übliche Maßeinheit für Erdöl ist das Barrel (= Fass). Ein Barrel entspricht 158,98 Litern.

Tabelle 6

Wirtschaftliche Bedeutung des Rohstoffsektors 2009				
Land	Extraktive Industrie (in % des BIP)	Extraktive Industrie (in % der Exporte)	Extraktive Rohstoffe	Geschätzter Wert (in Mrd. US-Dollar)
Äquatorialguinea	k.A.	k.A.	Erdöl, Bauxit	15
DRK	26	91	Erdöl, Kobalt, Nickel, Kupfer, Coltan, Gold, Diamanten, Silber, Mangan, Zink, Zinn, Cadmium, Germanium, Beryllium, Wolfram, Uran, Kohle	3.200
Gabun	62	> 80	Erdöl, Mangan, Niob, Eisenerz, Gold, Uran	1.100
Kamerun	30	> 60	Erdöl, Bauxit, Kobalt, Nickel, Uran	800
Republik Kongo	63	91	Erdöl, Teersande	k.A.
Tschad	ca. 50	93	Erdöl, nicht erschlossene Uran-, Gold-, Zinn-, Wolfram- und Bauxitvorkommen	700
ZAR	20	30	Gold, Diamanten, Uran, Kupfer, Mangan, Nickel, Eisen	800

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Treydte (2011).

Zwar sind in den letzten Jahren zunehmend ausländische Direktinvestitionen (ADI) in den Rohstoffsektor Zentralafrikas geflossen, aber diese beschränken sich hauptsächlich auf die Extraktion. Daher gehen von ihnen kaum Impulse für den Aufbau regionaler Dienstleistungs- und Zulieferunternehmen der Bergbauindustrie aus. Eine größere Wertschöpfung aus den Ressourcen bleibt in Zentralafrika aus.

Im Einzelnen sieht die Rohstoffsituation in den Ländern der zentralafrikanischen Region folgendermaßen aus:

Äquatorialguinea

Die Erdöl- und Erdgasförderung begann in Äquatorialguinea Anfang der 1990er Jahre. Seitdem avancierte das kleine Land mit nur 693.400 Einwohnern zu einem der bedeutendsten Energieproduzenten am Golf von Guinea. Äquatorialguinea verzeichnete einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate zwischen 1996 und 2005 von über 20 Prozent.¹⁵ Damit gehörte das Land zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Es zieht viele ausländische Unternehmen an, die vor allem aus

den USA und China kommen, um im Erdöl- und Erdgassektor zu investieren.

Die Einnahmen aus dem Ölsektor beliefen sich 2008 auf über 4,8 Mrd. Euro und machten damit 95 Prozent der Staatseinnahmen aus.¹⁶ 2009 produzierte das Land täglich 346.020 Barrel und war damit drittgrößter Erdölproduzent in der Region (hinter Nigeria und Angola). Auch die Erdgasvorkommen spielen eine wichtige Rolle, so förderte das Land 2009 232 Mrd. Kubikfuß (*Billion cubic feet, Bcf*) Erdgas.¹⁷

Durch den Erdölboom werden zurzeit zahlreiche Infrastrukturprojekte umgesetzt. Doch das Land wird durch Präsident Teodoro Obiang, der sich 1979 an die Macht putschte, und seine Entourage mit eiserner Hand regiert. Das Land ist durch hohe Korruption und Missmanagement gekennzeichnet. Auch die Einnahmen aus dem Erdölsektor werden von der Regierung intransparent verwaltet. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt noch immer in Armut. Am Öl bereichert sich lediglich eine kleine Clique um den Präsidenten.

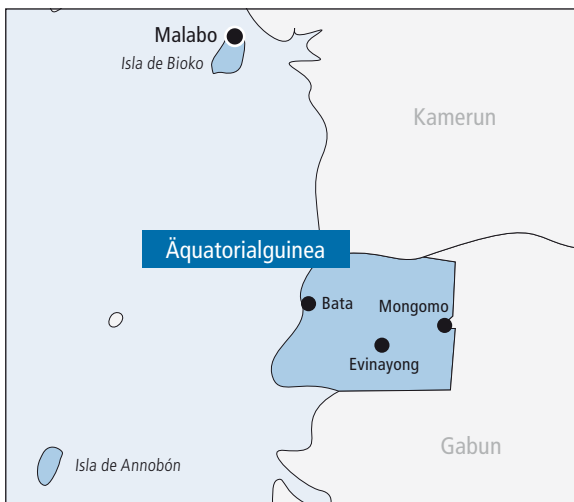
¹⁵ Vgl. Kappel/Müller (2007).

¹⁶ Vgl. Banque des Etats de l'Afrique Centrale (2010): Tableau des opérations financières de l'Etat: Guinée Equatoriale.

¹⁷ Vgl. US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs – Equatorial Guinea (www.eia.gov/countries).

Äquatorialguinea¹⁸

Bevölkerung: 693 400 Einwohner
BIP: 10,41 Mrd. US-Dollar
BIP pro Kopf: 34.680 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)
Gini-Koeffizient:¹⁹ k. A.
Multidimensionaler Armutsindex:²⁰ k. A.
Rohstoffvorkommen: Erdöl, Bauxit
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 117
Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 93 %
Durchschnittliche Lebenserwartung: 51 Jahre
RWI Transparenzindex: k. A.
Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 168

**Demokratische Republik Kongo**

Das Land, das nach der Kolonialzeit und der Mobutu-Diktatur (1965 bis 1997) einen grausamen Bürgerkrieg (1998 bis 2003) erlebt hat, ist bis heute von gewaltsamen Konflikten geprägt. Die politische Situation stabilisiert sich seit den Wahlen 2006 nur sehr langsam.

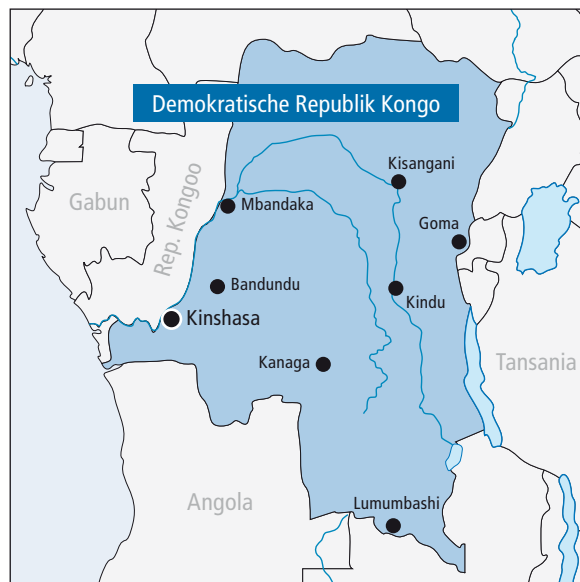
¹⁸ Quellen für diesen und die folgenden Länderkästen: UNDP: International Human Development Indicators (<http://hdr.undp.org/en/data/profiles/>); Weltbank (<http://data.worldbank.org/country>); Revenue Watch Institute: Revenue Watch Index 2010 (www.revenuewatch.org/rwindex2010/rwindex.html); www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html; jeweils aktuellste Werte.

¹⁹ Der Gini-Koeffizient ist das statistische Maß der Verteilungsgleichheit in einer Gesellschaft. Er misst die Abweichung von der durchschnittlichen Einkommensverteilung. Ein Gini-Koeffizient von 0 bedeutet völlige Gleichverteilung, ein Gini-Koeffizient von 100 völlige Ungleichverteilung des Einkommens.

²⁰ Der Multidimensionale Armutsindex (*Multidimensional Poverty Index, MPI*) bewertet Form und Ausmaß der Armut durch die Kombination von zehn Indikatoren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard. Je höher der MPI, umso höher die Armut im betreffenden Land. Das ärmste Land ist nach diesem Index Niger mit einem Wert von 0,64 (2010) (vgl. www.ophi.org.uk/policy/multidimensional-poverty-index).

Demokratische Republik Kongo

Bevölkerung: 67,83 Mio. Einwohner
BIP: 10,58 Mrd. US-Dollar
BIP pro Kopf: 327 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)
Gini-Koeffizient: 44,4
Multidimensionaler Armutsindex: 0,393
Rohstoffvorkommen: Erdöl, Kobalt, Nickel, Kupfer, Coltan, Gold, Diamanten, Silber, Mangan, Zink, Zinn, Cadmium, Germanium, Beryllium, Uran, Wolfram, Kohle
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 168
Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 66,6 %
Durchschnittliche Lebenserwartung: 48 Jahre
RWI Transparenzindex: 22,5
Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 164



Die DRK verfügt über große Vorkommen an Kupfer, Kobalt, Niob, Coltan, Gold, Diamanten und Silber. Zudem werden Zink, Mangan, Uran, Zinn, Wolfram und Kohle gefördert.

Eine Ursache des Bürgerkrieges war auch der Kampf um die Kontrolle über die Diamanten-, Gold- und Coltanlagerstätten. Noch heute ist der illegale Rohstoffabbau einer der Hauptkonflikttherde des Landes.

Im Weltmaßstab spielt die Erdölproduktion der DRK kaum eine Rolle. Das Land fördert durch das Unternehmen Perenco an der Kongomündung täglich ca. 22.000 Barrel.²¹ Doch neue Explorationsrechte sind vergeben und das Land könnte seine Förderzahlen dadurch in den nächsten Jahren erhöhen.

²¹ Vgl. US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs – Congo (Kinshasa) (www.eia.gov/countries).

Bergbau ist das Rückgrat der Wirtschaft in der DRK. Schätzungen der Weltbank zufolge entfallen seit der Kolonialzeit 70 bis 80 Prozent der gesamten Exporterlöse und etwa acht Prozent des BIP auf diesen Sektor.²² Zu den wichtigen Konzernen in der DRK zählen Anglo American, AngloGold Ashanti, DeBeers, Freeport-McMoRan Copper & Gold, Katanga Mining Ltd, First Quantum Minerals und Glencore.

Allerdings haben die Einnahmen aus dem Bergbausektor bei weitem noch nicht den Vorkriegsstand erreicht. Durch den Krieg brach der industrielle Bergbau fast gänzlich ein und der informelle Kleinbergbau gewann vor allem im Osten des Landes an Bedeutung. Etwa zehn Millionen Menschen arbeiten im Kleinbergbau oder sind von ihm abhängig.

Laut Schätzungen der Weltbank könnte der Bergbausektor zwischen 20 und 25 Prozent des BIP ausmachen und dadurch rund ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen generieren.²³ Das geschätzte Steuerpotenzial liegt bei 380 Mio. US-Dollar jährlich,²⁴ erzielt wurden laut EITI-Bericht 2009 im Jahr 2007 lediglich 78 Mio. US-Dollar.²⁵

Um den Rohstoffsektor zu stabilisieren, bemüht sich die kongolische Regierung seit Jahren, den Bergbausektor neu zu strukturieren. So wurde ein neuer Bergbau- und Investitionskodex erlassen, neue Kontrollmechanismen wurden eingeführt und Infrastruktur zur Erschließung der Lagerstätten wurde aufgebaut. Die früheren Bergbauverträge mit internationalen Unternehmen werden zum Teil neu verhandelt, nachdem eine Arbeitsgruppe aus Regierungsmitgliedern und Parlamentariern 60 Verträge, die unter den Vorgängerregimen geschlossen worden waren, untersucht hatte. Die Arbeitsgruppe empfahl die Neuverhandlung von zwei Dritteln der Verträge und die Annullierung der restlichen. Die Verträge, die vor allem mit kleineren Bergbauunternehmen in der Zeit des Bürgerkrieges und der darauf folgenden Übergangszeit geschlossen worden waren, bevorteilten so eindeutig die Unternehmen, dass die Arbeitsgruppe sie als „unmoralisch“ bezeichnete.

In den erziehen aber konfliktiven Ostgebieten der DRK werden zunehmend neue Konzessionen an ausländische Unternehmen vergeben, um den Bergbau neu zu beleben.²⁶ Im Mai 2011 wurde ein Dekret erlassen, welches die Veröffentlichung aller Verträge im Rohstoffsektor (Öl, Bergbau und Holz) anordnet.

Gabun

Gabun ist gemessen am Pro-Kopf-Einkommen nach Äquatorialguinea das zweitreichste Land Subsahara Afrikas. Dennoch leben ca. 80 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. 2009 produzierte das Land täglich ca. 241.000 Barrel Erdöl. Trotz des seit Jahren anhaltenden Produktionsrückgangs sind die Petrodollars noch immer von großer wirtschaftlicher Bedeutung und eine Haupteinnahmequelle des Staates. Erdöl erwirtschaftet 82 Prozent der Exporteinnahmen des Landes, der Beitrag zum BIP beträgt ca. 50 Prozent.²⁷ Die Einnahmen beliefen sich 2008 auf 827 Mrd. FCFA, was über 50 Prozent der Staatseinnahmen ausmachte. Neben dem Erdöl gründet sich der Reichtum Gabuns vor allem auf den Holzexport und die Manganvorkommen.

Gabun

Bevölkerung: 1,5 Mio. Einwohner

BIP: 11,06 Mrd. US-Dollar

BIP pro Kopf: 14.984 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)

Gini-Koeffizient: 41,5

Multidimensionaler Armutsindex: 0,161

Rohstoffvorkommen: Erdöl, Mangan, Niob, Eisenerz, Gold, Uran

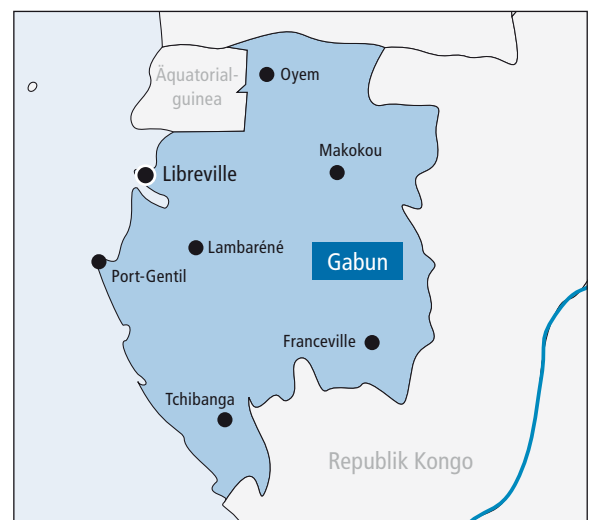
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 93

Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 87 %

Durchschnittliche Lebenserwartung: 61,3 Jahre

RWI Transparenzindex: 41,8

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 110



²² Vgl. World Bank (2008), S. 10.

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. BMZ (2010).

²⁵ Vgl. PriceWaterhouseCoopers (2009).

²⁶ Vgl. Johnson (2011).

²⁷ Vgl. Germany Trade & Invest (2009). Der Außenhandel wird wesentlich bestimmt durch die wichtigsten Exportprodukte Erdöl (83,7 Prozent der Ausfuhren), Mangan (9,4 Prozent) und Holz (6,2 Prozent).

Ausländische Unternehmen kontrollieren die drei Hauptexportprodukte. Vor allem französische Investitionen dominieren in der ehemaligen Kolonie. Im Erdölsektor kontrollieren zwei Unternehmen, Total Gabun und Shell Gabun, über 50 Prozent der Produktion des Landes. Mangan wird von COMILOG, einer Tochterfirma der französischen ERAMET, dem weltweit zweitgrößten Manganproduzenten, abgebaut, und AREVA hat die Rechte über neue Uranexplorationen. Auch chinesische Firmen engagieren sich zunehmend auf dem gabunischen Markt. Sie besitzen u.a. Abbaurechte für die großen Eisenerzvorkommen des Landes.

Landwirtschaftliche Produkte muss das Land dagegen importieren. Zu über 95 Prozent ist es von Einfuhren aus Europa und den Nachbarländern abhängig. Zwar versucht das Land seine Wirtschaft zu diversifizieren, bisher jedoch ohne Erfolg.²⁸

Politisch liegt die Macht seit Jahrzehnten in den Händen der Familie Bongo. Als 2009 der Präsident Omar Bongo nach 42 Jahren an der Herrschaft verstarb, hat sein Sohn, Ali Bongo die Macht übernommen.

Kamerun

Kamerun, das aufgrund seiner vielfältigen Landschaftsformen und Kulturen auch als „*Afrique en miniature*“ bezeichnet wird, ist neben der DRK das wirtschaftlich stärkste Land in der zentralafrikanischen Region. Ihm ist im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten eine stärkere Diversifizierung seiner Einnahmequellen gelungen. Exportiert werden vor allem Kaffee, Kakao, Holz und Erdöl sowie im Inland produzierte Lebensmittel. Seine Einnahmen bezieht Kamerun hauptsächlich aus der Landwirtschaft, dem Holzsektor (u. a. mit wertvollen Edelhölzern) und dem Erdölsektor.

Etwa 40 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch und das Gesundheitssystem sowie das Bildungssystem sind nur schwach ausgebaut.

Die Erdölförderung in Kamerun begann 1978 mit der Ausbeutung im Rio del Rey-Becken an der Grenze zu Nigeria. Die gesamte Rohölförderung findet *offshore* mehrere Kilometer vor der Küste statt. Den Produktionshöhepunkt erreichte das Land im Jahr 1988, als täglich 180.000 Barrel gefördert wurden. Seither gehen die Fördermengen stetig zurück.

Kamerun

Bevölkerung: 19,96 Mio. Einwohner

BIP: 22,19 Mrd. US-Dollar

BIP pro Kopf: 2.219 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)

Gini-Koeffizient: k.A.

Multidimensionaler Armutsindex: 0,229

Rohstoffvorkommen: Erdöl, Bauxit, Kobalt, Nickel, Uran

Index für menschliche Entwicklung (Rang): 131

Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 75,9 %

Durchschnittliche Lebenserwartung: 51,7 Jahre

RWI Transparenzindex: 41,8

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 146



Trotz der niedrigen Produktionszahlen ist die Erdölförderung eine wichtige Einnahmequelle des Landes. So beträgt der Anteil der Erdöleinnahmen am Staatshaushalt ca. 20 bis 25 Prozent, Erdöl macht ca. 60 Prozent des Exports aus.

Zusätzliche Einnahmen erzielt Kamerun durch die Tschad-Kamerun-Pipeline, durch die Erdöl vom Tschad an den Atlantischen Ozean transportiert wird.

In Kamerun wird das Rohöl hauptsächlich durch das britisch-französische Unternehmen Perenco und die niederländische Firma Pecten, eine Tochtergesellschaft von Shell, gefördert. Der Erdölkonzern Total, der über Jahrzehnte den Erdölsektor des Landes dominierte, hat sich 2010 zurückgezogen und seine Förderrechte an Perenco verkauft. Darüber hinaus haben zahlreiche kleinere Erdölunternehmen aus Europa, den Vereinigten Staaten und China Explorationsrechte erworben. Zu ihnen gehören u.a. Euroil Ltd, Noble Energy Cameroon Ltd, Sterling Energy, Addax Petroleum Cameroon, Kosmos Energy, Glencore Exploration Cameroon, Yang Chang Logone Dev Ltd.

²⁸ Ebd.

Der Staat ist durch das nationale Ölunternehmen SNH (*Société Nationale des Hydrocarbures*) in diesem Sektor vertreten. SNH übt selber keine Förderaktivitäten aus, verhandelt aber staatlicherseits mit den Konzernen und geht mit ihnen sogenannte *Production Sharing Agreements* (PSA – Produktionsteilungsabkommen) ein.²⁹ Das Unternehmen ist in erster Linie für den Verkauf des staatlichen Erdölanteils auf dem Weltmarkt verantwortlich. Die staatliche Raffinerie SONARA (*Société Nationale de Raffinage*) produziert für den einheimischen Markt, raffiniert jedoch vor allem Erdöl aus Nigeria.

Die Erdgasvorkommen des Landes werden bisher kaum genutzt, sollen aber in den kommenden Jahren erschlossen werden. Kamerun förderte 2009 ca. 0,8 Mrd. Kubikfuß (Bcf)³⁰.

Der Bergbau spielt bisher nur eine marginale Rolle in der kamerunischen Wirtschaft. Die bisherigen Einnahmen aus dem Sektor beliefen sich in den Jahren 2006 bis 2008 auf 640.000 Euro.³¹ Kleinere Vorkommen an Gold und Diamanten werden von Kleinschürfern gefördert. Dies wird sich in den nächsten Jahren grundsätzlich ändern.

Das Land besitzt eines der größten Kobalt/Nickel-Vorkommen der Welt sowie Bauxit, Eisenerze und Uran in wirtschaftlich nutzbaren Mengen. Zudem soll der Gold- und Diamantenbergbau industrialisiert werden. Konzessionen wurden überwiegend an ausländische Konzerne, vor allem aus den USA, China, Südkorea, Südafrika und Kanada, vergeben. Durch den Ausbau des Bergbaus sollen die sinkenden Einnahmen aus der Erdölproduktion aufgefangen werden.

Über zehn Milliarden US-Dollar sollen in den Sektor investiert werden. Sie sollen vor allem für den Bau von Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Staudämmen verwendet werden.

Tabelle 7

Erdölproduktion Kameruns			
Jahr	Jährliche Erdölproduktion (in Mio. Barrel) (1)	Erdöleinnahmen (gesamt)³² (in Mio. Euro) (2)	Erdöleinnahmen laut EITI-Berichten (in Mio. Euro) (3) (nur direkte Zahlungen an die Regierung)
2002	37,4	561	k.A.
2003	35,6	493	111
2004	32,6	532	131
2005	30,1	698	163
2006	31,9	960	143
2007	31,2	980	157
2008	30,7	1.247	218
2009	26,7	780	k.A.

Quellen: (1) und (3): Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2006), (2007) und (2010). (2): Banque des Etats de l'Afrique Centrale (2010): Tableau des opérations financières de l'Etat: Cameroun.

²⁹ Diese Abkommen sind geheim. Schlüsselemente umfassen: Verteilung der Erdölproduktion zwischen SNH und dem Privatunternehmen (laut Cossé (2006) liegt die Verteilungsquote bei durchschnittlich 63 Prozent für SNH und 37 Prozent für das private Unternehmen), Verrechnung der Produktionskosten, Festlegung der Gewinnangarantie für die Unternehmen und die Höhe der Steuern und Abgaben.

³⁰ Vgl. US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs – Cameroon (www.eia.gov/countries).

³¹ Vgl. Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2010).

³² Die Gesamteinnahmen schließen neben direkten Zahlungen der Rohstoffunternehmen an den Staat auch indirekte Zahlungen „in kind“ in Form von Erdöl an das staatliche Erdölunternehmen SNH im Rahmen von *Production Sharing Agreements* (PSA – Produktionsteilungsabkommen) ein. Dieses Erdöl wird auf den internationalen Rohstoffmärkten verkauft, die Erlöse fließen an den Staat. In den EITI-Berichten werden diese Einnahmen bisher nicht berücksichtigt. Die Berichte sind daher lückenhaft.

Republik Kongo (Kongo-Brazzaville)

Die Republik Kongo fördert seit Ende der 1950er Jahre Erdöl. Mit einer Erdölförderung von 274.000 Barrel am Tag ist sie der fünftgrößte Erdölproduzent in Subsahara Afrika.³³ Für das Land sind die Einnahmen aus dem Erdölsektor die wichtigste Quelle, sie machen ca. 90 Prozent der Exporterlöse aus. 2008 betragen die gesamten staatlichen Einnahmen 2.444 Mrd. FCFA (3,6 Mrd. Euro), dabei beliefen sich die Einnahmen aus dem Erdölsektor auf 2.117 Mrd. FCFA (3,2 Mrd. Euro)³⁴. Die restlichen Staatseinnahmen kommen überwiegend aus dem Holzsektor. Für 2011 rechnet das Finanzministerium mit Einnahmen in Höhe von 2.223 Mrd. FCFA (3,3 Mrd. Euro).

Abgesehen von einem großen *Onshore*-Feld in der Region Kouilou, 40 km östlich der Erdölstadt Pointe Noire, findet die Erdölförderung *offshore* statt. Die wichtigsten Ölkonzerne im Kongo sind Total, E&P Congo und ENI Congo, die über 80 Prozent der Landesproduktion fördern. Daneben gibt es noch eine Reihe von anderen ausländischen Unternehmen.³⁵ Der Staatskonzern SNPC (*Société Nationale des Pétroles Congolais*) hält die Minderheitsbeteiligung auf einigen Erdölfeldern und ist ansonsten der staatliche Vertragspartner der Privatunternehmen. Der Konzern verfügt nicht über die Kapazitäten, eigene Förderaktivitäten durchzuführen. Die Hauptaktivität von SNPC ist der Verkauf des Öls auf dem Weltmarkt.

Das Land verfügt zudem über große Mengen an Teersanden/Ölsanden, für die der italienische Konzern ENI die Förderkonzession besitzt. Der Abbau von Ölsanden geht mit gravierenden Umweltbelastungen einher und wird das Land vor immense ökologische und soziale Herausforderungen stellen.³⁶

Der Bergbausektor spielt noch keine wichtige Rolle. Einige Konzerne wie Cominco Resources, Sanu Resources Ltd, Potasse Congo und Million Well Holding besitzen Explorationsrechte. In den kommenden Jahren soll eine Kaliindustrie nahe der Küste aufgebaut werden.

Den Rohstoffreichtum hat die Republik Kongo bisher nicht genutzt, um das Land positiv zu entwickeln. Im Gegenteil förderte dieser Reichtum einen langjährigen bewaffneten Konflikt um die Macht im Land, der in den 1990er Jahren weite Teile der zentralen Region um die Hauptstadt zerstörte.

³³ Vgl. US Energy Information Administration, Country Analysis Briefs – Congo (Brazzaville) (www.eia.gov/countries).

³⁴ Vgl. Banque des Etats de l'Afrique Centrale (2010): Tableau des opérations financières de l'Etat: Congo.

³⁵ Chevron, CMS Nomeco Congo, M&P Congo, Likouala SA, Congorep, Maurel and Prom, Murphy Oil, Perenco.

³⁶ Vgl. Heinrich Böll Stiftung (2009).

Republik Kongo (Kongo-Brazzaville)

Bevölkerung: 3,76 Mio. Einwohner

BIP: 9,58 Mrd. US-Dollar

BIP pro Kopf: 4.583 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)

Gini-Koeffizient: 47,3

Multidimensionaler Armutsindex: 0,270

Rohstoffvorkommen: Erdöl, Teersande

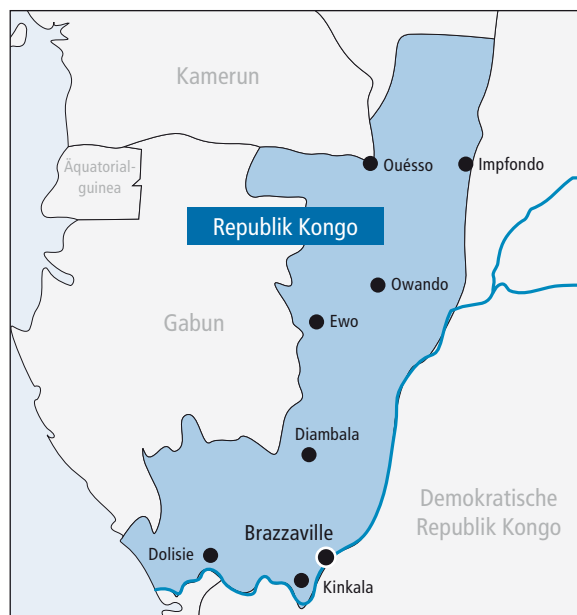
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 126

Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: k.A.

Durchschnittliche Lebenserwartung: 53,9 Jahre

RWI Transparenzindex: k.A.

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 154



Die wirtschaftliche Situation der Menschen verschärfte sich auch nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen. Heute leben 70 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem US-Dollar am Tag. Weiterhin herrscht Massenarbeitslosigkeit, der öffentliche Dienst funktioniert kaum, es gibt keinen ordentlichen Schulunterricht, das Gesundheitssystem wird vernachlässigt und die Infrastruktur ist in einem desolaten Zustand.³⁷

³⁷ Vgl. Secours Catholiques (2011).

Tschad

Erst seit Ende 2003 gehört der Tschad zu den Erdölländern Afrikas. Die Förderung in der Region Doba im Süden des Landes erfolgt durch ein Konsortium aus den drei Ölkonzernen Exxon (USA), Chevron (USA) und Petronas (Malaysia). Das Rohöl wird über die 1.070 km lange Tschad-Kamerun-Pipeline an die kamerunische Küste transportiert, von wo es in erster Linie in die Vereinigten Staaten verschifft wird.

In den kommenden Jahren wird der Tschad seine Produktionszahlen durch weitere Erdölprojekte in der Doba-Region, aber vor allem durch neue Fördervorhaben in der südwestlichen Region, nahe Bousso und Bongor, erhöhen. Dort erschließt zurzeit das chinesische Unternehmen CNPC (*China National Petroleum Company*) neue Ölfelder. Eine Zunahme der Förderung um 30.000 bis 60.000 Barrel pro Tag wird erwartet. Das Rohöl aus der Region soll nicht mehr exportiert, sondern im Tschad raffiniert werden, um den nationalen und regionalen Markt (Nordkamerun, Niger, Nigeria) zu beliefern.

Tschad

Bevölkerung: 11,51 Mio. Einwohner

BIP: 6,84 Mrd. US-Dollar

BIP pro Kopf: 1.331 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)

Gini-Koeffizient: k.A.

Multidimensionaler Armutsindex: 0,344

Rohstoffvorkommen: Erdöl, Uran, Gold, Zinn, Wolfram, Bauxit

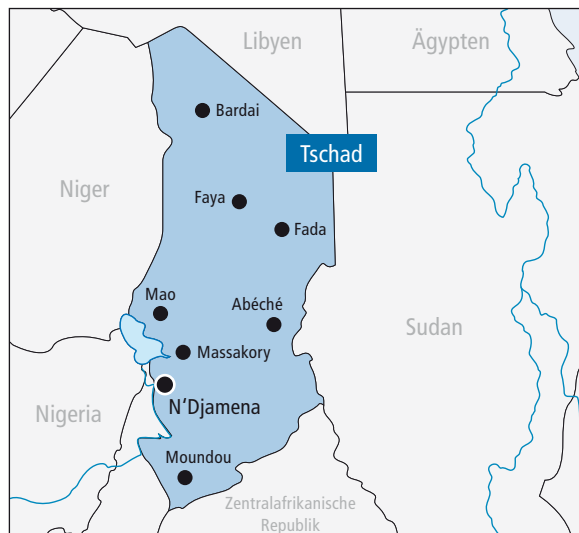
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 163

Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 32,7 %

Durchschnittliche Lebenserwartung: 49,2 Jahre

RWI Transparenzindex: k.A.

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 171



Seitdem der Tschad Erdöl im Dobabecken fördert, hat das Land einen exponentiellen Anstieg der Staatseinnahmen erlebt. 2008 erhielt der Tschad 856 Mrd. FCFA (1,3 Mrd. Euro) aus dem Erdölsektor, was 79 Prozent des Staatsbudgets entsprach. Zum Vergleich: Im Jahr 2002, vor dem Beginn der Erdölförderung, lagen die gesamten Staatseinnahmen bei 110 Mrd. FCFA (167 Mio. Euro).³⁸ In der Hauptstadt und in anderen Regionen sind viele Bauprojekte geplant – finanziert durch die Einnahmen aus dem Erdölsektor. So werden Straßen, Sportstadien, Universitäten, etc. gebaut. Doch trotz der Einnahmen aus dem Erdölsektor und den vielen neuen Infrastrukturprojekten bleibt die soziale Lage im Tschad prekär.

Durch die Erdöleinnahmen konnte die tschadische Regierung unter Präsident Idriss Déby, der seit 1990 regiert, ihre Militärausgaben erhöhen und ihre Macht festigen. Die Korruption ist ein ernstes Problem für das Land. Der Tschad zählte 2010 zu den fünf Ländern, die als korrupteste der Welt wahrgenommen wurden.³⁹

Die wirtschaftliche und soziale Situation der breiten Bevölkerung hat sich durch die Erdölförderung nicht verbessert. Der Index für menschliche Entwicklung lag 2010 mit 0,295 sogar noch unter dem Wert sieben Jahre zuvor (0,376), also kurz vor Beginn der Erdölproduktion.⁴⁰ Zudem hat die Erdölförderung in Doba eine Reihe von gravierenden sozialen und ökologischen Problemen hervorgerufen, darunter eine zunehmende Zahl von Konflikten um das immer knapper werdende Land, auf das Kleinbauern angewiesen sind, um sich und ihre Familien ernähren zu können.⁴¹

Neben Erdöl verfügt das Land noch über Vorkommen an Uran, Gold, Zinn und anderen Bodenschätzen, die aber bisher nicht erschlossen sind.

³⁸ Vgl. Banque des Etats de l'Afrique Centrale (2010): Tableau des opérations financières de l'Etat: Tchad.

³⁹ Vgl. www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html.

⁴⁰ Vgl. UNDP (2003 und 2010).

⁴¹ Vgl. Miankeol (2010).

Zentralafrikanische Republik

Die Zentralafrikanische Republik (ZAR) ist das einzige zentralafrikanische Land ohne Erdölförderung. Dennoch ist es ein rohstoffreiches Land mit großen Vorkommen an Diamanten, Gold, Uran, Kupfer, Mangan, Nickel und Eisen. Weitere Exportartikel sind Holz, Baumwolle und Kaffee. Erste Explorations deuten darauf hin, dass es im Süden und Norden des Landes auch Erdöl geben könnte.

Mit rund fünf Prozent der Staatseinnahmen spielt der industrielle Bergbausektor bislang keine große wirtschaftliche Rolle für das Land.⁴² Der Abbau der Rohstoffe erfolgt überwiegend im Kleinbergbau. Seit ein paar Jahren ist die Regierung jedoch bestrebt, den Bergbau durch mehrere große Projekte zu industrialisieren. Vor allem die Uranvorkommen scheinen großes Potential zu haben. Die Explorationsrechte besitzen das französische Energieunternehmen AREVA sowie Axmin/Aurafrique aus Südafrika. Bislang befinden sich die meisten Bergbauvorhaben in der ZAR noch in der Explorationsphase.

Die Haupteinnahmequellen sind die Gold- und Diamantenvorkommen, die informell durch Kleinschürfer abgebaut werden. Schätzungen zufolge arbeiten 100.000 Menschen als Kleinschürfer vorwiegend in den Regionen Berberati, Haute-Kotto und Haute-Sangha. 2009 produzierte das Land offiziellen Angaben zufolge 311.000 Karat Diamanten sowie 61 kg Gold, im Jahr 2008 waren es 377.000 Karat Diamanten und 43 kg Gold.⁴³

Der Staat erhält seine Einnahmen aus dem informellen Bergbausektor durch die Steuern und Abgaben der sogenannten BAIE (*Bureau d'Achats et d'Import-Export*), registrierte Aufkaufbüros, die das Gold und die Diamanten von den Kleinschürfern oder Unterhändlern kaufen, um es zu exportieren. In der Vergangenheit haben jedoch viele dieser Büros keine Abgaben gezahlt, weil sie die Rohstoffe illegal außer Landes brachten. Die Regierung schloss daraufhin eine Vielzahl dieser Büros. Aber Korruption und Schattenwirtschaft sind noch immer ein weit verbreitetes Problem. So liegt der Anteil der legal ausgeführten Diamanten bei nur 20 bis 30 Prozent. Damit gehen potentielle Steuereinnahmen in einer Größenordnung von 70 bis 80 Prozent aufgrund von mangelnder Transparenz, Schattenwirtschaft und Korruption verloren.⁴⁴

Zentralafrikanische Republik

Bevölkerung: 4,51 Mio. Einwohner

BIP: 2,01 Mrd. US-Dollar

BIP pro Kopf: 766 US-Dollar (2008 in Kaufkraftparitäten)

Gini-Koeffizient: k.A.

Multidimensionaler Armutsindex: 0,512

Rohstoffvorkommen: Gold, Diamanten, Uran, Kupfer, Mangan, Nickel, Eisen

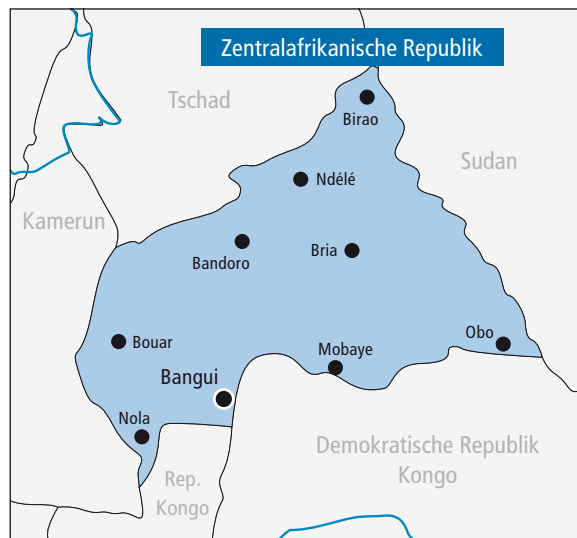
Index für menschliche Entwicklung (Rang): 159

Alphabetisierung Erwachsener über 15 Jahre: 54,9 %

Durchschnittliche Lebenserwartung: 47,7 Jahre

RWI Transparenzindex: k.A.

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang): 154

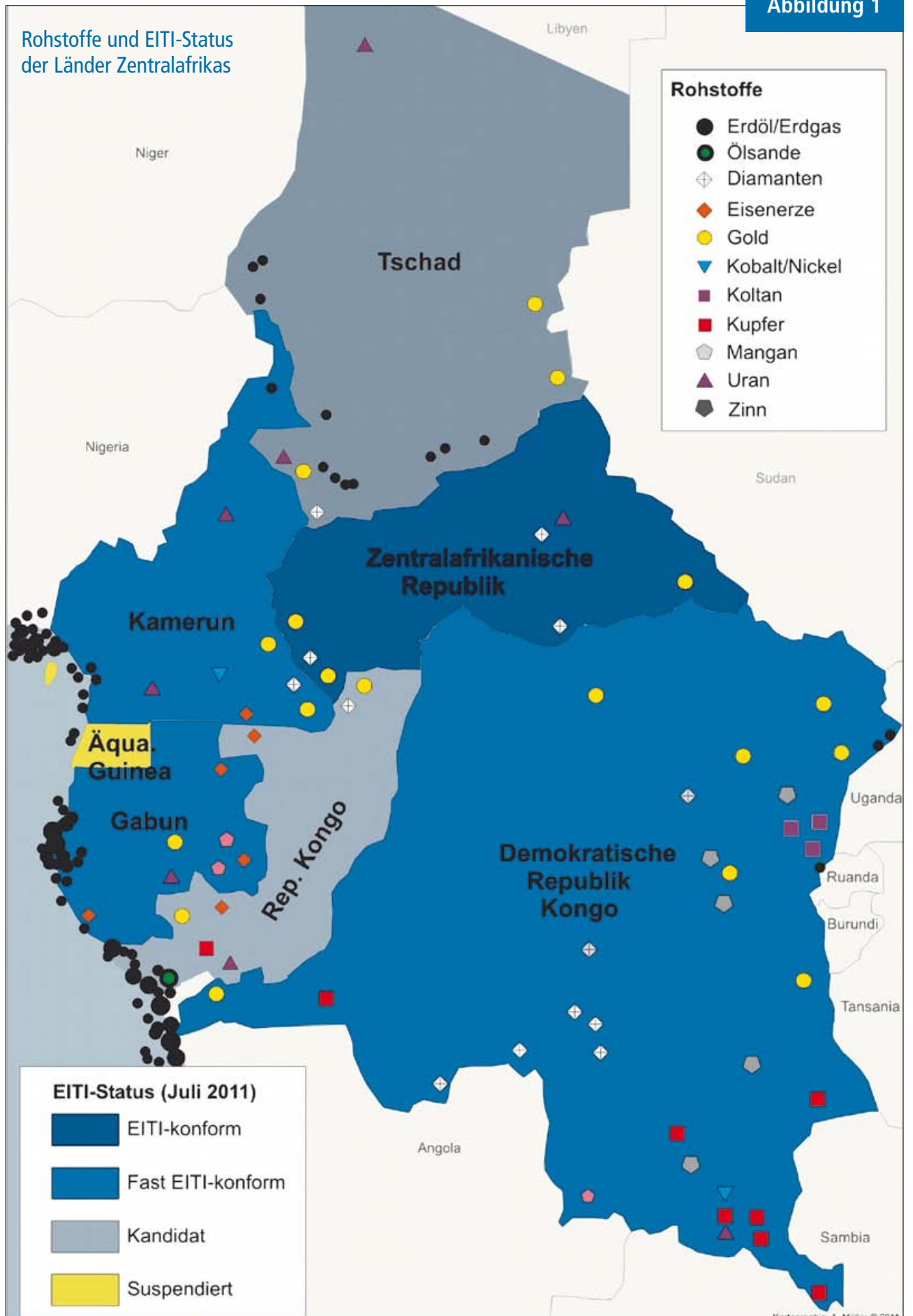


⁴² Vgl. Runge (2008).

⁴³ Vgl. Bermúdez-Lugo (2011).

⁴⁴ Vgl. Runge (2008), S. 12.

Abbildung 1



3. EITI in Zentralafrika

Die Länder der zentralafrikanischen Region sind bereits zwischen 2004 und 2007 EITI beigetreten.

Der Umsetzungsprozess ist in den einzelnen Ländern aber unterschiedlich weit fortgeschritten (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8

Umsetzung von EITI in den Ländern Zentralafrikas

Land	EITI-Beitritt	Status (Stand Juli 2011)	Validierung	EITI-Berichte		
				Anzahl	Zeitpunkt der Veröffentlichung	Berichtsperiode
Äquatorialguinea	2007	Suspendiert (16. April 2010)	k.A.	1	März 2010	2007–2008
DRK	2005	Fast EITI-konform (<i>Close to compliant</i>)	Februar 2010	1	März 2010	2007
Gabun	2004	Fast EITI-konform (<i>Close to compliant</i>)	Januar 2010	3	Dezember 2005 April 2007 März 2008	2004 2005 2006
Kamerun	2005	Fast EITI-konform (<i>Close to compliant</i>)	Januar 2010	3	November 2006 März 2007 September 2010	2001–2004 2005 2006–2008
Rep. Kongo	2004	Kandidat	Juni 2010	2	August 2009 Januar 2011	2004–2006 2007–2009
Tschad	2007	Kandidat	April 2012	0	Oktober 2011	k.A.
ZAR	2007	EITI-konform (<i>Compliant</i>)	November 2010	2	März 2009 Dezember 2010	2006 2007–2009

Quelle: www.eiti.org.

Die Umsetzung von EITI in den Ländern der zentralafrikanischen Region im Einzelnen:

Äquatorialguinea

Äquatorialguinea trat EITI offiziell im Jahr 2007 bei. Im selben Jahr wurde ein Multistakeholder-Komitee gegründet, ein Koordinator ernannt sowie ein Aktionsplan erstellt. Dem Komitee gehörten 26 Regierungsvertreter, 12 Konzerne und 15 Organisationen aus der Zivilgesellschaft (einschließlich fünf Vertreter regierungsnaher politischer Parteien) an. Im Februar 2008 wurde das Land vom internationalen EITI-Vorstand als Kandidatenland akzeptiert. Im März 2010 wurde der erste EITI-Bericht fertiggestellt. Er umfasste die Zahlungsströme der Jahre 2007 und 2008. Dieser Bericht wurde allerdings nie öffentlich zugänglich gemacht, z. B. auf die nationale EITI-Homepage gestellt. Als der Validierungsprozess 2010 begann, bat die Regierung Äquatorialguineas den internationalen EITI-Vorstand um Verlängerung, da nicht alle Auflagen erfüllt worden waren.⁴⁵ Dies wurde vom Vorstand aber nicht genehmigt. Am 16. April 2010 wurde dem Land daraufhin sein Kandidatenstatus aberkannt. Äquatorialguinea war damit das erste Land, das von der Kandidatenliste gestrichen wurde (neben São Tomé und Príncipe, das sich freiwillig zurückzog).

Die Regierung Äquatorialguineas steht nach diesen Erfahrungen im Verdacht, dass sie durch ihren Beitritt zu EITI hauptsächlich den Eindruck von guter und transparenter Regierungsführung erwecken und ihr schlechtes Image aufpolieren wollte.

Eine freie Zivilgesellschaft ist in Äquatorialguinea praktisch nicht vorhanden. Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im EITI-Prozess engagierten, waren nicht unabhängig sondern standen der Regierung sehr nahe. Zudem konnten sie sich selten konstruktiv in die Transparenzinitiative einbringen, da sie von der Regierung selten oder viel zu spät über wichtige Treffen informiert wurden.⁴⁶

Nur zwei CSO-Vertreter im EITI-Komitee sollen tatsächlich unabhängig gewesen sein. Diese waren immer wieder Opfer von Schikanen, Drohungen und Einschüchterungsversuchen seitens der Regierung.⁴⁷ Ein konstruktives und unabhängiges Engagement der Zivilgesellschaft in EITI war somit unmöglich. EG Justice, eine CSO, die die Stärkung der Menschenrechte in Äquatorialguinea zum Ziel hat, stellt dazu fest:

“Government cooptation of the National Committee amounted to ‘a terrible joke’ and ‘a classic kind of fraud’ according to an independent international observer sent to Equatorial Guinea in August 2008 to evaluate the EITI process.”⁴⁸

Äquatorialguinea bleibt ein sehr repressives Land, in dem Oppositionelle und Menschenrechtsaktivisten oftmals schikaniert, inhaftiert und gefoltert werden. Zudem stehen sämtliche Medien unter der Kontrolle der Regierung. Das fehlende Engagement einer freien Zivilgesellschaft im EITI-Prozess war ausschlaggebend dafür, dass der internationale EITI-Vorstand dem Land seinen Kandidatenstatus entzog.

Demokratische Republik Kongo

Die DRK ist im November 2005 EITI beigetreten.⁴⁹ Im Februar 2008 wurde sie als EITI-Kandidat vom internationalen Vorstand anerkannt.

Am Anfang der Initiative wurden per Dekret drei Organe gebildet: (1) das Lenkungskomitee (*Comité de Pilotage*) mit 23 Mitgliedern, (2) das Technische Komitee (*Comité Technique*) mit 40 Mitgliedern und (3) das Sekretariat (*Secrétariat Permanent*) mit einem Koordinator und drei Assistenten.

Insgesamt umfasste die nationale EITI-Struktur über 70 Mitglieder. Sie war zu groß, und interne Interessenkonflikte in den drei Akteursgruppen behinderten die Entwicklung und Umsetzung eines EITI-Aktionsplans. Zudem befand sich die DRK zu dieser Zeit in einer politischen Übergangsphase. Dies führte dazu, dass sich die EITI-Gremien nach dem Beitritt vor allem mit sich selbst beschäftigten.

Im Juli 2009 wurde EITI in der DRK umstrukturiert. Es entstand ein Exekutivkomitee (*Comité Exécutif*), das Entscheidungsorgan mit 16 Mitgliedern (acht Mitglieder aus der Regierung, jeweils vier Repräsentanten aus Zivilgesellschaft und Privatsektor). In seinem Verantwortungsbereich liegen u.a. die Veröffentlichung der Berichte, die Abstimmung des Aktionsplans und das Budget. Ein technisches Sekretariat unterstützt das Exekutivkomitee und ist für die Kommunikation zuständig. Zusätzlich können auch in den Provinzen EITI-Strukturen aufgebaut werden, die die nationale Struktur bei der Datenerhebung und Implementierung von EITI auf regionaler Ebene unterstützen. Die Initiative wurde durch die Neustrukturierung arbeitsfähiger und entwickelte einen Aktionsplan mit einem Budget für die Jahre 2010–2011.

⁴⁵ Vgl. EITI Equatorial Guinea (2010).

⁴⁶ Vgl. EG Justice (2011).

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd., S. 30.

⁴⁹ Vgl. Présidence de la République Démocratique du Congo (2005).

EITI wird in der DRK durch den *Multi-Donor Trust Fund* der Weltbank und der Regierung finanziert. Einige Aktivitäten wurden zudem von der belgischen und der deutschen EZ unterstützt. Der finanzielle Anteil der kongolesischen Regierung blieb sehr gering.

Am 22. März 2010 publizierte das Land seinen ersten EITI-Bericht. Dieser umfasste die Zahlungsströme im Jahr 2007 aus dem Kupfer- und Kobaltsektor der Hauptförderregion Katanga, sowie aus dem Erdölsektor in der Provinz Bas-Congo. Insgesamt haben 25 Konzerne (20 Bergbau- und fünf Erdölunternehmen) ihre Zahlungen offengelegt. Angesichts der Vielzahl der Rohstoffe im Kongo und der besonderen Bedeutung des Kleinbergbaus beschlossen die EITI-Mitglieder, sich auf die Rohstoffe zu konzentrieren, die industriell abgebaut werden, da diese Daten verfügbar waren. Der Kleinbergbau funktioniert überwiegend informell und wird im Steuersystem der DRK kaum erfasst. Ursprünglich war in der DRK vorgesehen, auch die Zahlungen aus dem Holz- und Wasserkraftsektor einzubeziehen, dies wurde jedoch nicht umgesetzt. Der Bericht zeigt, dass der Kongo mehr Einnahmen aus dem Erdöl- als aus den beiden Bergbausektoren erhält. Da der informelle Bergbausektor schätzungsweise fast 90 Prozent der Bergbauproduktion ausmacht, gibt der Bericht ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Situation wieder. Der Bericht weist zudem große Diskrepanzen zwischen Regierungseinnahmen und Konzernzahlungen auf.

Im Gegensatz zu den anderen Staaten der Region – mit Ausnahme der ZAR – listet der EITI Bericht alle Zahlungsströme nach Unternehmen auf. Der EITI-Bericht wurde auf Französisch als offizieller Amtssprache sowie als Zusammenfassung in vier nationalen Sprachen (Lingala, Swahili, Kikongo und Tshiluba) veröffentlicht.

Nach dem Validierungsprozess wurde die DRK am 14. Dezember 2010 vom Internationalen Vorstand als fast EITI-konform (*close to compliant*) eingestuft. Damit die DRK den Vollmitgliedsstatus erhält, muss sie einen zweiten Bericht veröffentlichen. Dieser soll den Zeitraum 2008–2009 umfassen und den informellen Sektor einschließen. Zudem soll die Regierung sicherstellen, dass alle Rohstoffunternehmen ihre Daten zur Verfügung stellen.

PWYP in der Demokratischen Republik Kongo

Im Februar 2006 hat sich die kongolesische Publish What You Pay-Koalition gebildet. Sie hat das erklärte Ziel, die Transparenz im extraktiven Sektor zu verbessern und EITI im Land zu begleiten und voranzutreiben. Die Koalition führt Öffentlichkeitskampagnen durch, arbeitet mit den Medien zusammen und engagiert sich im Budgetmonitoring. Zudem führt die Koalition Workshops mit Parlamentariern und Abgeordneten aus Bergbauprovinzen über Transparenz der regionalen Fördereinnahmen durch (*redevance minière*). Nach der Veröffentlichung des EITI-Berichtes hat die Koalition verschiedene Aktivitäten unternommen, um den Bericht bekannt zu machen. Neben PWYP gibt es in der DRK eine weitere zivilgesellschaftliche Plattform, das „Netzwerk Natürliche Ressourcen“ (*Réseau Ressources Naturelles, RRN*).⁵⁰ Dieses Netzwerk hat über 300 Mitglieder. RRN engagiert sich vorwiegend im Holzsektor, ist aber auch im Bereich anderer natürlicher Ressourcen (Erdöl, Bergbau, Wasser) aktiv und setzt sich für die Rechte der Bevölkerung in den Fördergebieten ein.

Die Zivilgesellschaft ist im EITI-Exekutivkomitee durch vier Organisationen repräsentiert, die im August 2009 von den Mitgliedern der beiden Plattformen PWYP und RRN gewählt wurden (s. Anhang 1). Wichtige Entscheidungen sollen von den zivilgesellschaftlichen Gruppen im Konsens getroffen werden. Dazu werden diese unter den vier CSO-Repräsentanten abgestimmt und dann an die Mitglieder von PWYP und RRN zur Beratung weitergegeben. Eine Herausforderung für die beiden Netzwerke ist die mangelhafte Kommunikationsinfrastruktur in der DRK, die die Information und Abstimmung zwischen den Mitgliedern, die aus dem ganzen Land kommen, sehr erschwert.

⁵⁰ Siehe auch: www.rnrndc.org.

Gabun

Im Mai 2004 verkündete der mittlerweile verstorbene Präsident Ali Bongo, dass sein Land der Transparenzinitiative beitreten werde. Damit war Gabun eines der ersten Länder in EITI. 2005 wurden durch ein Dekret und ministerielle Beschlüsse (*Arrêté Ministériel*) zwei EITI-Gremien gegründet, die sogenannte Interessengruppe (*Groupe d'Intérêt, GI*) und die Arbeitsgruppe (*Groupe de Travail*). Die GI ist für die Umsetzung von EITI zuständig und wird durch die *Groupe de Travail* unterstützt, die für die technischen Fragen zuständig ist. Beiden Gremien gehören Regierungsvertreter, Konzerne und zivilgesellschaftliche Organisationen an. Die Interessengruppe setzt sich seit 2009 aus fünf Regierungsmitgliedern, drei Unternehmen (zwei aus dem Erdöl-, eines aus dem Bergbausektor), sowie sechs Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen. Ähnlich wie in Kamerun wird der Begriff der Zivilgesellschaft in Gabun allerdings sehr weit gefasst und schließt z. B. einen Parlamentsabgeordneten ein.

Noch im Jahr 2005 veröffentlichte das Land den ersten EITI-Bericht über die Zahlungsströme 2004. Der Bericht enthält jedoch keine Zahlen über den Gewinnanteil der Regierung, der schätzungsweise mehr als 50 Prozent der Erdöleinnahmen des Landes ausmacht. Im April 2007 und März 2008 folgten weitere Berichte. Sie enthielten zwar mehr Informationen, so wurde z. B. auch der Bergbausektor berücksichtigt und mehr Unternehmen beteiligten sich. Dennoch wird von CSOs kritisiert, dass die Berichte nur aggregierte Zahlen enthalten, die Diskrepanzen zwischen den Konzernzahlungen und den Regierungseinnahmen nicht erklären, und eine große Anzahl von Unternehmen keine auditierten Zahlen vorlegten.⁵¹

Am 27. September 2007 erhielt Gabun den Kandidaten-Status. Der Validierungsprozess begann Ende 2009, der Endbericht wurde im Juli 2010 fertiggestellt. Er kam zu dem Schluss, dass das Land alle Indikatoren erfüllt habe und den *Compliant*-Status erhalten sollte.

Der internationale EITI-Vorstand stufte Gabun am 20. Oktober 2010 als *close to compliant* ein. Um den vollen Mitgliedsstatus zu gewähren, forderte er noch einige Nachbesserungen, so z. B. eine rasche Veröffentlichung der EITI-Berichte

über die Finanzströme 2007–2008, einen Fahrplan für die Publikation des Reports für 2009, sowie die Angabe aller Unternehmen, auch jener, die Zahlungen in Form von Rohstoffen oder Material tätigen.⁵²

PWYP Gabun

PWYP Gabun existiert seit 2006 und war anfangs eines der aktivsten Netzwerke in der Region. Die Koalition besteht aus über 25 Mitgliedern und beschäftigt sich vorwiegend mit der Korruptionsbekämpfung, dem Budgetmonitoring sowie der Umsetzung von EITI. Dabei wurden auch Sensibilisierungskampagnen sowie Workshops zu EITI durchgeführt.

Das Verhältnis der Regierung zu den CSOs in Gabun ist spannungsgeladen. So wurden Aktivisten des Netzwerks immer wieder Opfer von Schikanen und Drohungen. Die Spannungen erlangten Ende 2008/Anfang 2009 ihren Höhepunkt, als PWYP-Mitglieder verhaftet wurden und mehrere Tage im Gefängnis saßen. Der Koordinator von PWYP, der auch Mitglied in der *Groupe d'Intérêt* ist, erhielt Ausreiseverbote zu verschiedenen Veranstaltungen im Ausland. In Folge der Spannungen und der Repressionen der Regierung gegenüber den Aktivisten der Zivilgesellschaft wurde Gabun, das einen Sitz im internationalen EITI-Vorstand innehatte, aus dem Vorstand ausgeschlossen.

Seitdem wird von CSO-Seite beobachtet, dass sich die Situation leicht verbessert hat, und Anstrengungen von Regierungsseite unternommen werden, CSOs stärker in die nationale EITI-Arbeit einzubinden.

⁵¹ Vgl. <http://data.revennewatch.org/eiti/country/gabon.php>.

⁵² "The Board considers that the following remedial actions are required in order for Gabon to achieve compliance:

1. The EITI Criteria require regular reporting. The EITI report covering 2007–2008 should be published and disseminated as soon as possible. There should also be a clear and agreed timetable for the publication of the 2009 report.
2. The 2007–2008 report should be based on a clear definition of materiality, and includes "all material oil, gas and mining payments to government" and "all material revenues received by governments from oil, gas and mining companies" (Indicators 14 and 15). The Interest Group should ensure there is a clearly agreed position on the participation of companies in the exploration phase. The Interest Group may wish to consider a specific figure that defines a material payment.
3. All companies making material payments should participate in the 2007–2008 report (Indicator 11), and any barriers to engaging all companies in the process should have been addressed (Indicators 7 and 8). All government entities in receipt of material revenues must fully participate in the reporting process." (Summary Report, 13th EITI International Board Meeting, October 19–20, 2010, Dar es Salaam) (<http://eiti.org/about/boardmeeting>)."

Kamerun

Am 17. März 2005 verkündete der damalige Finanzminister Abah Abah während der EITI-Konferenz in London offiziell den Beitritt Kameruns zu EITI. Er wurde am 16. Juni 2005 vom Premierminister per Dekret bestätigt.

Es wurden zwei Gremien gebildet, das sogenannte *Comité de Suivi* und das *Secrétariat Technique*. Das *Comité de Suivi* fungiert als Entscheidungsgremium über die Umsetzung von EITI. Das *Secrétariat Technique* verrichtet die täglich anfallende Arbeit und arbeitet dem Komitee zu.

Einem der wichtigsten Kriterien von EITI folgend besteht das Komitee aus den drei Hauptakteursgruppen: Regierung (6), Privatsektor (6) und Zivilgesellschaft (12). Das Komitee wird vom Finanzminister geleitet.⁵³

Im Jahr 2006 wurde der erste EITI-Bericht über die Zahlungsströme in den Jahren 2001 bis 2004 veröffentlicht (vgl. Tabelle 9). Nach 30 Jahren Förderung war dies das erste Mal, dass Zahlen aus dem Erdölsektor offiziell bekannt gemacht wurden. Der zweite Bericht (2007) enthielt die Zahlen von 2005. Im selben Jahr erlangte das Land den Kandidatenstatus. Damit hatte Kamerun zwei Jahre Zeit, um den vorgegebenen Transparenz-Standards zu entsprechen.

Ende 2009/Anfang 2010 wurde Kamerun validiert. Der Bericht des Gutachters konstatierte eine Reihe von positiven Entwicklungen und beurteilte insgesamt 14 von 18 Indikatoren als erreicht. Er wies jedoch gleichzeitig auf einige Mängel hin. So kritisierte er u.a., dass seit 2007 keine neuen Informationen veröffentlicht wurden. Erst im September 2010 veröffentlichte das EITI-Komitee den dritten Bericht mit den Daten aus den Jahren 2006–2008. Die drei Berichte geben nicht nur die Zahlungsströme sondern auch die Produktionszahlen nach Lagerstätten wieder.

In Folge des Validierungsprozesses stuft der internationale EITI-Vorstand im Oktober 2010 Kamerun als *close to compliant* ein. Bis April 2011 lieferte die Regierung Kameruns weitere Informationen nach, um den *Compliant*-Status zu erhalten. Die Entscheidung des EITI-Vorstands wurde für Juni 2011 erwartet, wurde aber auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Die Zivilgesellschaft stellt zwölf Mitglieder im EITI-Komitee Kameruns und ist außerdem im Sekretariat vertreten. Ursprünglich gehörten dem Komitee sechs Mitglieder aus der Zivilgesellschaft an, u. a. die drei großen Religionsgemeinschaften (Katholiken, Protestanten und Muslime), die per Dekret von der Regierung benannt worden waren. Auf Drängen vieler Nichtregierungsorganisationen ließ die Regierung weitere Sitze für die Zivilgesellschaft zu. Diese Mitglieder wurden auf einer Versammlung von Nichtregierungsorganisationen gewählt.

Tabelle 9

Erdöleinnahmen in Kamerun – Soll und Ist (in Mio. US-Dollar)

	Jahr								
	2000–2001 (1)	2001–2002 (2)	2002 (3)	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Angaben der Rohstoffunternehmen über ihre Zahlungen an den Staat	174,4	143,1	49,0	120,9	172,4	204,0	209,0	244,0	261,0
Angaben des Staates über seine Einnahmen von Rohstoffunternehmen	170,5	147,9	47,3	126,2	164,6	203,0	180,0	217,0	321,0
Differenz	3,9	–4,8	1,7	–5,3	7,8	1,0	29,0	27,0	–60,0

(1) 2000/2001: Berichtsperiode 01.07.2000 bis 30.06.2001.

(2) 2001/2002: Berichtsperiode 01.07.2001 bis 30.06.2002.

(3) 2002: Berichtsperiode 01.07.2002 bis 31.12.2002.

Quellen: Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2006), (2007) und (2010).

⁵³ Zur genauen Zusammensetzung der EITI-Gremien vgl. Anhang 1.

Die zivilgesellschaftlichen Mitglieder im *Comité de Suivi* sind keine homogene Gruppe. Es zeichnet sich eine Teilung in zwei Lager ab: jene Nichtregierungsorganisationen, die ihre Funktion als *Watchdog* in der kritischen und öffentlichen Begleitung des Prozesses sehen; jene, die der Meinung der Regierung folgen. Unter den zivilgesellschaftlichen Mitgliedern befinden sich auch zwei Parlamentarier, von denen einer der Opposition angehört. Dadurch verschwimmen Interessen und Funktion der zivilgesellschaftlichen Mitglieder des Komitees. Die Zivilgesellschaft in EITI ist dadurch selten in der Lage, eine einheitliche Position zu entwickeln. Mehrere ihrer Vertreter sehen darin eine Schwächung ihrer Durchsetzungskraft.

PWYP Kamerun

Die kamerunische Publish What You Pay-Koalition ist ein Netzwerk von zehn Organisationen aus dem Umwelt-, Menschenrechts- und dem kirchlichen Bereich. Das Netzwerk wurde im Dezember 2005 ins Leben gerufen. Die Gründerorganisationen waren vor allem CSOs, die sich im Tschad-Kamerun Pipeline-Projekt engagiert haben. Die *Justitia et Pax* Kommission (*Service National „Justice et Paix“*) beherbergt seit 2009 das Sekretariat der Koalition.

Die Sensibilisierung verschiedener Akteursgruppen gehört zu einer der Prioritäten der Koalition. Daher wurden mehrere Treffen und Seminare mit Parlamentariern, Journalisten, Gewerkschaftern und Vertretern kirchlicher Gruppen durchgeführt. Die Koalition veröffentlicht zwei Mal im Jahr ihre Informationsbroschüre *„Industries Extractives: En Toute Transparence“*.

PWYP ist im kamerunischen EITI-Komitee mit sechs Mitgliedern vertreten und wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen des Komitees mit.

Republik Kongo (Kongo-Brazzaville)

Die Republik Kongo ist am 10. Juni 2004 EITI beigetreten, doch erst 2006 wurde per Dekret der institutionelle Rahmen festgelegt und im September 2007 wurden die Mitglieder der zuständigen Gremien nominiert.

EITI im Kongo besteht seither aus einem Exekutivausschuss (*Comité Exécutif*) und einem Beratenden Ausschuss (*Comité Consultatif*). Der Exekutivausschuss hat insgesamt 20 Mitglieder, davon jeweils fünf aus der Zivilgesellschaft und dem

Privatsektor sowie 10 aus der Regierung. Der Exekutivausschuss ist für die Umsetzung des EITI-Prozesses verantwortlich. Neben dem Finanzminister als Präsident des Ausschusses gibt es zwei Vize-Präsidenten, einen aus der Zivilgesellschaft (*Rencontre pour la Paix et les Droits de l'Homme/PWYP*) und einen Konzernvertreter (Total E&P Congo).

Der Beratende Ausschuss besteht aus sieben Fachleuten, davon je zwei von Regierung und Zivilgesellschaft und drei von Unternehmen. Sie beraten auf Anfrage oder Eigeninitiative den Exekutivausschuss. Der Beratende Ausschuss steht unter der Leitung des Erdölministeriums. Ein Exekutivsekretariat ist für die Durchführung der täglichen Arbeit zuständig.

Der EITI-Prozess wird von der kongolesischen Regierung und der Weltbank finanziert. Der Aktionsplan 2008–2010 sollte 3,7 Mio. Euro kosten. Es konnte jedoch nur die Hälfte des Budgets durch die beiden Geldgeber aufgebracht werden, wobei der Staat 75 Prozent der Finanzierung übernahm.

Nachdem die Regierung Ende 2007 einen Aktionsplan für die Jahre 2008 bis 2010 verabschiedet hatte, wurde das Land am 22. Februar 2008 vom internationalen EITI-Vorstand als Kandidat zugelassen. Im August 2009 wurde der erste EITI-Bericht über die Förderzahlen und Zahlungsströme der Jahre 2004 bis 2006 veröffentlicht. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurden somit die Einnahmen aus dem Erdölsektor offiziell vorgestellt. Die Angaben sind jedoch nicht komplett: Die wenigen Bergbauaktivitäten wurden nicht berücksichtigt und vor allem der kongolesische Staatskonzern SNPC, der eine Schlüsselrolle einnimmt, stellte nicht alle geforderten Informationen zur Verfügung. Somit spiegeln die dort vorgestellten Zahlungsströme nicht die Realität der Einnahmensituation aus dem extraktiven Sektor im Land wieder. Der Bericht zeigt für die drei Berichtsjahre Diskrepanzen zwischen den deklarierten Konzernzahlungen (4,3 Mrd. Euro) und Regierungseinnahmen (4,1 Mrd. Euro) in Höhe von insgesamt 202 Millionen EUR (133 Mrd. FCFA).

Im Juni 2010 wurde die Validierung durchgeführt. Der Abschlussbericht attestiert dem Land Fortschritte in allen EITI-Bereichen und befürwortet den vollständigen Mitgliederstatus für die Republik Kongo.

Im Januar 2011 wurde dann der zweite EITI-Bericht über die Zahlungsströme in den Jahren 2007 bis 2009 veröffentlicht, an dem sich mehr Konzerne aus dem Bergbausektor beteiligten.

Wegen des blutigen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren und der Repressionen gegen Menschenrechtsaktivisten und Regimekritiker setzten sich in der Republik Kongo lange Zeit nur wenige CSOs mit politischen und sozialen Themen auseinander. Es war die katholische Kirche vor Ort, die das stärkere Engagement der Zivilgesellschaft im Erdölbereich förderte. So riefen die Bischöfe im Juni 2002 in einer Erklärung zu grundlegenden Veränderungen bei der Verwendung und Verwaltung der Erdölgelder auf. Die Bischöfe verlangten u. a. ein Gesetz über die Verwaltung der Erdöleinnahmen sowie die regelmäßige Veröffentlichung der finanziellen Aktivitäten des staatlichen Erdölkonzerns. Die Erklärung der Bischofskonferenz sollte auch eine öffentliche Debatte über die fehlende Transparenz bei der Verwendung der Erdöleinnahmen initiieren und den Dialog mit staatlichen Institutionen sowie Konzernen anregen.

PWYP Kongo

Als Folge der Bischofsklärung aus dem Jahr 2002 gründete sich ein Jahr später die kongolesische Koalition „*Publiez ce que vous payez*“. Ihr gehören mehrere CSOs sowie die Justitia et Pax-Kommission der Diözese Pointe Noire an, die auch das Netzwerk koordiniert. In ihrem Engagement sucht die kongolesische Koalition den direkten Dialog mit den internationalen Erdölkonzernen, die ihre Zahlungen an die Regierung veröffentlichen sollen. Sie arbeitet zudem mit Abgeordneten und Angestellten aus dem Finanzministerium zusammen und leistet Öffentlichkeitsarbeit.

Mitglieder der PWYP-Koalition waren in der Vergangenheit immer wieder Opfer von Diffamierungskampagnen, Schikanen und Einschüchterungen seitens der Regierung. 2007 wurden die beiden Aktivisten Brice Mackosso (*CDJP Pointe Noire*) und Christian Mounzeo (*RPDH*) verhaftet. Erst internationale Unterstützung und Proteste haben zu ihrer Freilassung geführt.

PWYP ist jedoch nicht die einzige zivilgesellschaftliche Vertretung in den EITI-Gremien der Republik Kongo. Andere CSOs verhalten sich wesentlich regierungskonformer, was zu Spannungen innerhalb der zivilgesellschaftlichen Gruppe in den EITI-Ausschüssen führt.

Tschad

Am 20. August 2007 hat das Land offiziell seinen Beitritt zu EITI verkündet⁵⁴ und noch im Dezember per Dekret⁵⁵ die Gründung von zwei EITI-Gremien beschlossen. Doch in den darauffolgenden Monaten wurden keine weiteren Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen, obwohl die Zivilgesellschaft dies forderte und internationale Geldgeber (Afrikanische Entwicklungsbank, IWF, Frankreich und Deutschland) der Regierung finanzielle sowie technische Unterstützung zusicherten, um den EITI-Prozess voranzutreiben.

Diese Passivität führte dazu, dass der Tschad im Februar 2008 vom internationalen EITI-Board nicht als Kandidaten-Land akzeptiert wurde. Von Regierungsseite wurde als Grund die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Rebellen im Osten des Landes, die u. a. im Februar 2008 die Hauptstadt angegriffen hatten, angeführt.

Erst im Februar 2010 wurde die Initiative wiederbelebt. Per Dekret wurden zwei EITI-Gremien eingesetzt: Das *Haut Comité National* (Nationale Ausschuss) besteht aus 28 Mitgliedern, davon zwölf aus der Regierung, sechs aus dem Privatsektor und zehn aus der Zivilgesellschaft. Das *Haut Comité National* ist das nationale Entscheidungsgremium. Das *Comité de Pilotage* (Lenkungsausschuss) ist für die operative Arbeit zuständig. Es besteht aus zehn Mitgliedern, zwei jeweils aus der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor und sechs aus der Regierung. Beide Gremien werden durch ein Sekretariat unterstützt.

Am 30. März 2010 wurde ein Aktionsplan verabschiedet. Finanziert wird die Initiative durch die Regierung, sowie durch die EU und die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB). EU und AfDB unterstützen die Umsetzung des Aktionsplans, die Regierung den laufenden Betrieb. Der erste EITI-Bericht über die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor soll laut Aktionsplan im Oktober 2011 veröffentlicht werden.

Der Tschad wurde am 16. April 2010 vom internationalen EITI-Sekretariat als Kandidaten-Land akzeptiert. Er hat nun bis zum 15. April 2012 Zeit, um den Validierungsprozess abzuschließen und ein vollständiges Mitglied zu werden.

⁵⁴ Brief des Premierministers vom 20. August 2007.

⁵⁵ Vgl. Présidence de la République du Tschad (2007).

Neben EITI gibt es im Tschad ein weiteres Kontrollgremium über die Erdöleinnahmen, das *Collège de Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières (CCSRP)*. Es ist das nationale Kontrollgremium für die Verwendung und Kontrolle der Erdöleinnahmen aus der Dobaregion. Das *Collège* autorisiert die Ausgaben für den Prioritätensektor und überwacht die Verwendung der Erdölgelder. Ein Regierungsmitglied des CCSRP ist auch im nationalen EITI-Ausschuss vertreten.⁵⁶

PWYP Tschad

Schon 2004 wurde die tschadische Transparenzkampagne *Coalition Tchadienne Publiez Ce Que Vous Payez – Publiez Ce Que Vous Gagnez (PCQVP – PCQVG)* gegründet. Heute hat die Kampagne elf Mitglieder, von denen die meisten wiederum selbst Netzwerke aus Umwelt-, Menschenrechts-, Frauenorganisationen, kirchlichen Organisationen, sowie Gewerkschaften sind.

Neben dem an die Regierung gerichteten Leitspruch „*Legt offen was ihr zahlt*“, fordert die Koalition auch die Unternehmen auf zu veröffentlichen, was sie am tschadischen Erdöl verdienen, daher ihr Name: „*Legt offen was ihr zahlt – legt offen was ihr verdient*“.

Ein Schwerpunkt der PWYP-Arbeit besteht darin, die Bevölkerung für die Bedeutung der Transparenz im Erdölsektor zu sensibilisieren. Die Zusammenarbeit mit den Medien spielt dabei eine große Rolle. Gleichzeitig hat sich die Koalition für den Beitritt des Landes zu EITI eingesetzt.

Die zivilgesellschaftlichen Vertreter in den EITI-Gremien des Tschad wurden nach mehreren gemeinsamen Konsultationstreffen der CSOs gewählt. Die Organisationen und Netzwerke, die sich mit der Erdölthematik seit dem Start des Tschad-Kamerun-Erdölprojekts beschäftigen, sind nun auch in den beiden EITI-Gremien vertreten. Unter ihnen sind fünf PWYP-Organisationen, von denen drei dem nationalen Ausschuss und zwei dem Lenkungsausschuss angehören. Im *Haut Comité National* stellt ein Vertreter von PWYP den Vizepräsidenten. Das *Comité de Pilotage* steht unter der Leitung des Justitia et Pax-Koordinators im Tschad.

⁵⁶ Das *Collège de Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières* wurde ursprünglich als Teil eines umfassenden Oil Sector Management Systems eingerichtet, das negative Auswirkungen der Erdölförderung im Tschad verhindern sollte. Für die Weltbank war der Aufbau dieses Managementsystems Voraussetzung für ihre Beteiligung an der Tschad-Kamerun-Pipeline. Das *Collège* leidet seit seiner Gründung jedoch unter der mangelnden Unterstützung seitens der Regierung.

Zentralafrikanische Republik

Die Regierung der ZAR trat im August 2007 EITI bei. Ein Jahr später (Juli 2008) beschloss die Regierung per Dekret die Zusammensetzung der EITI-Gremien. Im September wurde der Aktionsplan erstellt und noch im selben Jahr (November 2008) erhielt das Land den Kandidaten-Status.

Die EITI-Struktur in der ZAR umfasst drei Gremien: (1) den Nationalrat (*Conseil National*) als Entscheidungsgremium; (2) den Lenkungsausschuss (*Comité de Pilotage*), der für die Umsetzung der Initiative verantwortlich ist; (3) das technische Sekretariat (*Secrétariat Technique*), das aus mehreren Arbeitsstäben (*Cellule*) zu verschiedenen Themen (Information und Kommunikation, Fortbildung/Capacity Building, Finanzen, Datensammlung, etc.) besteht. Der Aktionsplan 2008 bis 2010 wurde durch das Staatsbudget und einen *Multi-Donor Trust Fund* (u.a. Weltbank, GTZ) finanziert.⁵⁷

Am 23. März 2009 veröffentlichte die ZAR ihren ersten EITI-Bericht mit Informationen zum Bergbausektor sowie den Zahlungsströmen aus dem Jahr 2006. Anfang 2011 wurde der zweite Bericht über die Zahlungsströme 2007–2009 veröffentlicht. Dieser ist qualitativ besser und enthält mehr Informationen und Daten als der erste. Im zweiten Bericht publizierten alle internationalen Bergbauunternehmen ihre Daten. Besonders wichtig waren die nach internationalem Standard auditierten Zahlungsströme des französischen Unternehmens AREVA. Zudem wurden disaggregierte Zahlen nach Unternehmen und Ankaufsbüros veröffentlicht. Damit ist die ZAR neben der DRK das zweite Land in der zentralafrikanischen Region, das Zahlungsströme nach Unternehmen auflistet.

Im November 2010 durchlief das Land den Validierungsprozess mit einer positiven Beurteilung. Der Prüfbericht attestierte dem Land, alle Anforderungen erfüllt zu haben.⁵⁸ Auf der Basis des Berichts und dieser Empfehlung entschied der internationale Vorstand am 1. März 2011, die ZAR als EITI-konformes Land einzustufen.⁵⁹

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der ZAR in allen EITI-Organen repräsentiert und beteiligen sich aktiv an der Initiative. Dadurch hat sich auch der Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft verbessert und wird heute konstruktiver geführt.

⁵⁷ Vgl. www.itierca.org

⁵⁸ Vgl. ITIE RCA (2010).

⁵⁹ Vgl. EITI Press Release – Paris, 2 march 2011: Six more countries compliant with transparency and accountability standard.

Die Anzahl der Mitglieder ist im Vergleich zu den anderen Akteuren aus Staat und Privatsektor jedoch unterrepräsentiert: Im Nationalen Komitee gibt es nur einen zivilgesellschaftlichen Vertreter, im Lenkungsorgan sind es immerhin fünf Organisationen.

Die Mitglieder der Zivilgesellschaft treten in den EITI-Gremien nicht geschlossen auf. Einigen CSOs werden ihre Nähe zur Regierung und die fehlende Unabhängigkeit vorgeworfen.

PWYP in der Zentralafrikanischen Republik

Die zivilgesellschaftliche Plattform CIONGCA (*Conseil Inter ONG en Centrafrique*) hatte 2009 das Transparenzthema aufgegriffen. Im Zuge dieser Kampagne entstand im März 2010 die PWYP-Koalition, die von der *Ligue Centrafricaine des Droits de l'Homme* koordiniert wird. Die Koalition steht sowohl organisatorisch wie fachlich in ihren Anfängen, da es sich für alle Mitglieder um ein neues Themenfeld handelt.

4. Zwischenbilanz von EITI

Um die bisherigen Wirkungen von EITI in der zentralafrikanischen Region abzuschätzen, wurden drei Hypothesen formuliert, die sich aus der PWYP-Grundsatzerklärung ableiten und die die Grundlage des zivilgesellschaftlichen Engagements im EITI-Prozess bilden:

Hypothese 1: EITI stabilisiert oder vergrößert den politischen Spielraum der Zivilgesellschaft im extraktiven Sektor von rohstoffreichen Entwicklungsländern.

Hypothese 2: EITI trägt zu mehr Transparenz der Zahlungsflüsse im extraktiven Sektor bei – und dadurch mittelfristig zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht (*accountability*) der Regierungen und langfristig zur Erhöhung der Ressourcen für die Armutsbekämpfung.

Hypothese 3: Durch EITI werden weitere, national als notwendig erachtete Reformen im extraktiven Sektor angestoßen.

Diese Hypothesen wurden mit Hilfe eines Katalogs von Bewertungskriterien überprüft. Die Ergebnisse fallen für die Länder der zentralafrikanischen Region sehr unterschiedlich aus.

Hypothese 1: Politischer Spielraum der Zivilgesellschaft vergrößert

Bewertungskriterien

- CSOs sind vollwertige Mitglieder des jeweiligen EITI-Multistakeholderkomitees, sie werden zu allen Sitzungen eingeladen, sind in den Gremien angemessen vertreten und bestimmen ihre Vertreter selbst.
- Die zivilgesellschaftlichen Mitglieder können sich im EITI-Komitee frei äußern und offen Kritik üben.
- CSOs haben ungehinderten Zugang zur Presse und werden in der Presse im Zusammenhang mit EITI zitiert.
- Die Kontakte zwischen Regierung, Unternehmen und CSOs sind etabliert und konsolidiert und werden auch zur Behandlung anderer Probleme genutzt.

Zivilgesellschaft als Teil der EITI-Struktur

„EITI ist dieser Raum, der es uns ermöglicht, frei zu sprechen und Wissen darüber zu erlangen, wie die Dinge funktionieren. Wir wollen, dass Transparenz nicht nur ein Schlagwort ist, sondern konkret und materiell wird.“ (CSO-Vertreter aus dem Tschad)

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft am jeweiligen EITI-Komitee ist in den einzelnen Ländern per Dekret geregelt. Allerdings wählen nur im Tschad und in der DRK die zivilgesellschaftlichen Organisationen vollkommen eigenständig ihre Repräsentanten. Für Kamerun und die Republik Kongo gilt dies nur zum Teil, da hier einige CSO-Vertreter direkt von der Regierung bestimmt werden. In Gabun werden alle zivilgesellschaftlichen Vertreter durch die Regierung ernannt. In den drei letztgenannten Ländern kommt es dadurch zu unterschiedlichen Positionen innerhalb des zivilgesellschaftlichen Lagers. Auf der einen Seite stehen die regierungsfreundlichen Organisationen, auf der anderen Seite jene, die ihre Aufgabe in der kritischen Kontrolle des EITI-Prozesses sehen. Mehrere Befragte gaben an, dass dadurch der Einfluss der Zivilgesellschaft geschwächt wird.

Die Auswertung ergab, dass sich alle befragten CSO-Vertreter in den nationalen EITI-Gremien als anerkannte Mitglieder sehen. Sie fühlen sich in die Strukturen integriert. In Kamerun, Gabun, der Republik Kongo, der DRK, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik gehören PWYP-Vertreter den jeweiligen EITI-Gremien an.

In der Republik Kongo und im Tschad stellen die Zivilgesellschaft ebenso wie die Unternehmen einen Vizepräsidenten des EITI-Komitees. Im Tschad hat die Zivilgesellschaft den Vorsitz des Lenkungsausschusses (*Comité de Pilotage*). In Kamerun gibt es Arbeitsgruppen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen geleitet werden.

Der Zugang zu nationalen und internationalen Medien hat sich in der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Kongo, Kamerun und Tschad verbessert. Die Presse berichtet über die Initiative und die Arbeit der CSOs, die dadurch auch zunehmend in der Öffentlichkeit als relevante Akteure im Bereich der extraktiven Industrie wahrgenommen werden.

EITI als Diskussionsplattform

„Wir sitzen um denselben Tisch, erfahren, welchen Blick die anderen auf das Thema haben und bekommen ein Verständnis davon, wie die Dinge in der extraktiven Industrie funktionieren.“ (CSO-Vertreter aus Kamerun)

Einen großen Verdienst von EITI sehen die befragten CSO-Repräsentanten darin, dass EITI die wichtigsten Interessengruppen in diesem Sektor zusammenbringt. EITI habe die Diskussion über Erdöl und Bergbau, die Rohstoffeinnahmen und deren Verwendung erst möglich gemacht.

Vor zehn Jahren sei die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit ihren oft negativen Auswirkungen in den öffentlichen Diskussionen vieler Länder noch ein Tabuthema gewesen, heute könne es nicht mehr unterdrückt werden. So sei es in der Republik Kongo heute zumindest möglich zu fragen: „Warum sind wir angesichts der Gewinne aus dem extraktiven Sektor noch so arm?“ Das Thema sei „entmystifiziert“ worden.

Insgesamt sehen sich die zivilgesellschaftlichen Mitglieder der EITI-Komitees in der Lage, sich innerhalb von EITI frei zu äußern und Kritik zu üben.

Schutzfunktion von EITI für Aktivisten

Trotz des erweiterten Handlungsspielraums im EITI-Kontext kam es in der Vergangenheit immer wieder zu offener Repression gegenüber zivilgesellschaftlichen Vertretern, so u.a. in der DRK, Gabun sowie in der Republik Kongo. Dass die Zahl dieser Übergriffe erheblich abgenommen hat, sehen zivilgesellschaftliche Organisationen als Verdienst von EITI sowie der Mobilisierungskraft der PWYP-Netzwerke und ihrer Mitglieder, die sich in aller Welt für den Schutz von Aktivisten eingesetzt haben.

Durch den internationalen EITI-Vorstand wurde eine *Rapid Response Group* eingesetzt, die auf Menschenrechtsverletzungen gegenüber aktiven EITI-Mitgliedern reagieren soll. Sie soll im Ernstfall Druck auf die jeweilige Regierung ausüben. Dies blieb in der Vergangenheit nicht ohne Folgen. So hatten sich nach der Inhaftierung zweier Aktivisten in der Republik Kongo 2009 sowohl Total als auch die Weltbank direkt für deren Freilassung eingesetzt. Sie kamen wenig später frei.

Zur Schutzfunktion von EITI gehört aber auch der Zugang zu unbürokratischer Visa-Ausstellung bzw. die Genehmigung von längerfristigen Einreisevisa z. B. in Länder der Europäischen Union.

Ohne diesen Schutz wäre die Arbeit der CSOs stark gefährdet und eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an EITI sehr viel schwieriger – das ist die übereinstimmende Meinung der befragten zivilgesellschaftlichen Mitglieder in EITI. Allerdings reicht dieser Schutz kaum über EITI hinaus. So sind z. B. CSO-Vertreter in der Republik Kongo sehr zurückhaltend, die ökologischen und menschenrechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem geplanten Teersandabbau anzusprechen, weil sie Repressalien befürchten. CSOs und Menschenrechtsaktivisten, die sich zum Beispiel in der DRK, der Republik Kongo, in Gabun oder auch in Kamerun zu politischen Themen kritisch äußern, sind immer noch Repressionen ausgesetzt.

Gefahr der Kooption

„Kritik ist nicht genug, die Zivilgesellschaft muss mitarbeiten und sich fragen, wie sie zum Gelingen von EITI beitragen kann.“ (EITI-Koordinatorin Kameruns)

Einige CSO-Vertreter sehen die Gefahr einer schleichenden Kooption der Zivilgesellschaft durch die Regierungen in den jeweiligen EITI-Komitees. Sie verwiesen dabei u.a. auf die *Per diem*-Zahlungen für Sitzungen der nationalen EITI-Komitees und ihrer Arbeitsgruppen sowie auf die Teilnahme an internationalen Konferenzen. Die Höhe der Sitzungsgelder entspricht mitunter einem Vielfachen des monatlichen Mindestlohns in den jeweiligen Ländern. So liegt beispielsweise in Kamerun der monatliche Mindestlohn bei 23.000 FCFA, die Sitzungsgelder betragen bis zu 250.000 FCFA. Dies wird auch von einigen der beteiligten CSO-Vertreter kritisch gesehen. Zwar sind *Per diem*-Zahlungen durchaus gängige Praxis in den Ländern – allerdings nicht in dieser Höhe.

Der Gefahr der Kooption sind sich viele CSO-Vertreter bewusst, eine offene Diskussion darüber wird aber nach Aussage mehrerer Interviewpartner vermieden. Die *Per diem*-Zahlungen werden eher als Tabuthema unter den Organisationen behandelt, auch um Auseinandersetzungen zwischen den finanzkräftigeren und den schlechter ausgestatteten CSOs zu vermeiden. Die befragten CSOs verneinten die Frage, ob die *Per diem*-Zahlungen Auswirkungen auf ihr eigenes Verhalten innerhalb der EITI-Komitees hätten, während sie dies bei anderen CSOs durchaus als möglich ansahen – zumindest, was das Interesse an der regelmäßigen Teilnahme an Sitzungen und der Mitarbeit in Arbeitsgruppen anbelangt.

Zudem wird auf viele CSOs in den EITI-Ländern ein „sanfter“ Druck durch die Regierungen ausgeübt, indem von ihnen ein „patriotisches“ Verhalten gefordert wird. So wurde CSO-Vertretern immer wieder nahe gelegt, dass sie zwar intern Kritik üben könnten, aber eine einmal im EITI-Komitee getroffene Entscheidung in der Öffentlichkeit nicht kritisieren sollten, auch wenn ihre Position nicht berücksichtigt worden sei.

Damit wird auch ein anderes Problem thematisiert: das Verhältnis zwischen der Mitarbeit in einem Multistakeholderforum und der kritischen Überprüfung dieses Forums. Die Stärke der CSO-Beteiligung liegt in ihrer moralischen Integrität, in ihrer Glaubwürdigkeit und in ihrer Möglichkeit, Druck durch Öffentlichkeit ausüben zu können. Mehrere CSOs der PWYP-Koalition in Kamerun halten das Verhältnis von Mitarbeit und *Watchdog*-Funktion unter den Organisationen aber für unzureichend geklärt.

Ein weiteres Problem besteht in der Spaltung der Zivilgesellschaft. So ist beispielsweise in der Republik Kongo die CSO-Vertretung in ein PWYP- und ein EITI-Zivilgesellschaftsnetzwerk gespalten. Letzteres wird von PWYP als regierungsnah eingestuft. Auch in Kamerun gab es Bestrebungen, das EITI-Komitee mit regierungsnahen CSO-Vertretern zu besetzen. Erst der Protest vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen führte zu einer Öffnung des Komitees für regierungskritische Organisationen.

Schlussfolgerungen

EITI hat den politischen Spielraum der Zivilgesellschaft im extraktiven Sektor stabilisiert. CSOs sind akzeptierte Stakeholder, sie partizipieren und können innerhalb von EITI ihre Positionen präsentieren. Dieser Spielraum scheint jedoch über den unmittelbaren EITI-Prozess nicht hinauszugehen.

Zwar sind CSO-Vertreter in den meisten Ländern der Region dem Druck der Regierungen ausgesetzt, aber Verhaftungen, Ausreiseverbote und andere Formen der offenen Repression sind dank der Interventionen des internationalen EITI-Vorstands, des PWYP-Netzwerks sowie von Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zurückgegangen.

Die meisten CSOs sehen sich in der Lage, ihre Kontroll- und Monitoringfunktion wahrzunehmen, sehen zugleich aber die Gefahr der Kooption.

Der beste Schutz vor Kooption ist der offene und reflektierte Umgang mit der Kooptionsgefahr. Daher sollte innerhalb von PWYP dieses Thema im Rahmen eines wechselseitigen Erfahrungsaustauschs offen diskutiert werden. Es sollte eine offene Diskussion über Alternativen zu den *Per diem*-Zahlungen geführt werden, z. B. eine nicht-personenbezogene Grundfinanzierung der CSO-Mitarbeit in den EITI-Gremien.

Hypothese 2: Mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Ressourcen für die Armutsbekämpfung

Bewertungskriterien⁶⁰

- CSOs können ausgehend von den EITI-Berichten die Zahlungen aus der extraktiven Industrie im Staatshaushalt verfolgen.
- CSOs nutzen die EITI-Berichte, um die Rechenschaftspflicht der Regierungen stärker einzufordern.
- Im Rahmen des EITI-Prozesses (z. B. in den EITI-Berichten) werden Diskrepanzen zwischen Zahlungen und deklarierten Staatseinnahmen aufgedeckt.
- Die Diskrepanzen werden im Laufe der Jahre kleiner.

Bekanntmachung und Verbreitung der Initiative

„Der spezifische Beitrag [von EITI] besteht darin, dass sie das Bewusstsein weckt und mit dem Mythos bricht, dass die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ein privates Gut ist.“ (CSO-Vertreterin aus dem Tschad)

Durch EITI sind zum ersten Mal in der Geschichte der betreffenden Länder Zahlen aus dem Erdöl- und Bergbausektor offiziell veröffentlicht worden. Die EITI-Berichte stellen nicht nur die Zahlungsströme dar, sondern auch die Produktionszahlen nach Sektoren und Lagerstätten. Dies wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Information und Transparenz im Rohstoffsektor angesehen. Jedoch ist EITI für die breite Öffentlichkeit der Länder weiterhin unbekannt. Die Informationen bleiben bisher auf eine kleine Gruppe der Bevölkerung beschränkt.

⁶⁰ Ob EITI langfristig dazu führt, dass mehr Ressourcen für die Armutsbekämpfung in den Ländern mobilisiert werden können, konnte im Rahmen dieser Studie nicht untersucht werden.

Qualität und Bedeutung der EITI-Berichte

Zentraler Bestandteil des EITI-Prozesses sind die nationalen Berichte. Es wird von allen Befragten grundsätzlich als großer Fortschritt gewertet, dass Zahlen über die Einnahmen aus dem extraktiven Sektor vorgelegt werden. Doch die bisher erstellten Berichte werden von den zivilgesellschaftlichen Vertretern als wenig aussagekräftig angesehen, da sie nur aggregierte und unvollständige Daten enthalten. Die Ausnahme stellen die Berichte aus DRK und ZAR dar, in denen alle Zahlungsströme nach Unternehmen aufgelistet werden. Im Gegensatz dazu hätten aggregierte Zahlen über Einnahmen und Ausgaben „*nichts mit dem Leben der Menschen im Land zu tun*“ (CSO-Vertreter in Kamerun).

Die Berichte spiegeln selten die tatsächlichen Rohstoffeinnahmen in den Ländern wider. In der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und in Kamerun beteiligen sich mehrere Unternehmen nicht an EITI. In der DRK und in der Zentralafrikanischen Republik spielt zudem der informelle Sektor eine wichtige Rolle, er wurde aber bislang in den EITI-Berichten nicht berücksichtigt – auch aus technischen Gründen. Im Kongo gibt es Abgaben (die sog. *Taxe Maritime*), die von Erdölkonzernen gezahlt werden und einen erheblichen Anteil der öffentlichen Einnahmen ausmachen, die aber nicht bei EITI berücksichtigt werden. Die Zahlungsströme in den Berichten weisen zudem große Diskrepanzen zwischen Konzernzahlungen und Regierungseinnahmen auf, die in den Berichten nicht erklärt werden.

Die veröffentlichten Zahlen haben somit wenig mit den realen Staatseinnahmen aus dem Sektor zu tun (vgl. dazu auch Tabelle 7). Die Zahlungen der Unternehmen können nicht im staatlichen Haushalt weiterverfolgt werden. Dadurch sind auch keine Aussagen darüber möglich, wie die Zahlungen aus den extraktiven Industrien tatsächlich verwendet werden.

EITI und Antikorruptionspolitik

Anhand der EITI-Berichte lässt sich nicht überprüfen, ob die Korruption in dem Sektor durch die EITI-Berichterstattung geringer geworden ist oder nicht.

Laut Aussage von CSO-Vertretern findet in den EITI-Gremien keine grundsätzliche Reflektion darüber statt, ob Bestechung und Korruption im extraktiven Sektor tatsächlich zurückgehen, beziehungsweise welche komplementären Maßnahmen notwendig wären, damit dies geschieht. Bemerkenswerterweise wird EITI auch von bestehenden Institutionen zur Korruptionsbekämpfung, wie der „Nationalen Kommission gegen Korruption“ (*Commission Nationale Anti-Corruption, CONAC*) in Kamerun, nicht aufgegriffen.

Schlussfolgerungen

Die geringe Relevanz der bisherigen EITI-Berichte für die Bevölkerung der jeweiligen Länder ist ein zentrales Problem für den EITI-Prozess.

Die Berichte werden de facto außerhalb des engen EITI-Zirkels kaum genutzt. Wenn Transparenz nicht das Ziel sondern Mittel zum Zweck einer besseren Governance und höherer Staatseinnahmen im Rohstoffsektor sein soll, dann müssen die Informationen über EITI in den Ländern wesentlich weiter verbreitet werden.

Von zivilgesellschaftlicher Seite wird vor allem gefordert, nicht nur aggregierte sondern projekt- und unternehmensbezogene Daten zu veröffentlichen. EITI müsse schließlich nicht nur auf der nationalen sondern auch auf der lokalen Ebene (näher an den Menschen) umgesetzt werden.

Um ein Monitoring der Einnahmen und Ausgaben der Gelder im extraktiven Sektor durchführen zu können, ist für CSOs eine bessere Verzahnung der EITI-Mitarbeit und des umfassenden Budgetmonitoring sinnvoll. Im Tschad existiert beispielsweise ein Kontrollgremium für die Einnahmen aus dem Erdölsektor, das komplementär zu EITI agiert. In einigen Ländern (Kongo, Tschad, Gabun, DRK, Kamerun) befassen sich die PWYP-Mitglieder inzwischen auch mit dem Budgetmonitoring.

Wenn EITI in Ländern mit hoher Korruption „*Inseln der Integrität*“⁶¹ bilden will, dann müssen die EITI-Aktivitäten eingebunden werden in eine nationale Antikorruptionspolitik. Nur so kann EITI langfristig zu einer Reduzierung von Bestechung und Korruption beitragen. Die nationalen EITI-Komitees wären die geeigneten Gremien, um konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung im extraktiven Sektor zu initiieren.

⁶¹ So Peter Eigen, der ehemalige Vorsitzende von EITI, auf der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag am 23.3.2011.

Hypothese 3: Weitere Reformen im extraktiven Sektor angestoßen

Bewertungskriterien

- Neben der Regelung zur Offenlegung der Zahlungsströme wurden weitere Reformgesetze in den Ländern umgesetzt oder zumindest vorgeschlagen und in den Parlamenten diskutiert.

Die Transparenz der Zahlungsströme ist eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung dafür, dass der Rohstoffreichtum positive Entwicklungswirkungen für die betroffenen Länder hat. Notwendig sind dazu weitere Reformen in diesem Sektor, die die ökologischen, sozioökonomischen und menschenrechtlichen Implikationen des Rohstoffabbaus berücksichtigen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass EITI in den zentralafrikanischen Ländern bislang keine signifikanten Reformen im extraktiven Sektor angestoßen hat. Allerdings wurden von zivilgesellschaftlicher Seite immer wieder Initiativen und Reformdiskussionen angeregt, so z.B. zur Integration von EITI in neuen Verträgen mit Rohstoffkonzernen (wie z.B. in der Republik Kongo). Vereinzelt hat der EITI-Prozess dazu beigetragen, dass weitergehende Reformen im extraktiven Sektor veranlasst wurden, so z.B. in der DRK. Dort führen die CSOs die Überprüfung der Verträge im Bergbausektor u.a. auf den EITI-Prozess zurück. Durch ein neues Dekret vom 20. Mai 2011 sollen dort nun alle Verträge im Rohstoffsektor (Öl, Bergbau und Holz) veröffentlicht werden.

Auf regionaler Ebene will die zentralafrikanische Wirtschaftsunion (*Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale, CEMAC*) die Bergbaugesetzgebung in den Mitgliedsländern harmonisieren. Auch hier wird EITI als ein Wegbereiter für die Reform angesehen.

Außerhalb der zentralafrikanischen Region haben Diskussionen über die stärkere Verrechtlichung von EITI auf der Länderebene begonnen. In Nigeria wird beispielsweise über die Einführung eines EITI-Gesetzes diskutiert, im Niger über die Verankerung von EITI in der Verfassung des Landes. Derartige Diskussionen sind in verschiedenen Multistakeholderkomitees im Gange und könnten zu baldigen Reformen führen. Letztendlich hängt dies jedoch vor allem vom politischen Willen der jeweiligen Regierungen ab.

Schlussfolgerung

Auch wenn EITI bislang nicht ursächlich zu substantiellen Reformen im extraktiven Sektor führte, so sehen die unterschiedlichen *Stakeholder* EITI in der zentralafrikanischen Region durchaus als Plattform, um den Weg für weitere Reformen im extraktiven Sektor zu bereiten.

5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Zukunft von EITI

Die Zwischenbilanz von EITI in der zentralafrikanischen Region zeigt, dass die Initiative in diesen Ländern dazu beigetragen hat, die Erlöse aus der Erdölförderung und dem Bergbau zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen zu machen. EITI hat zivilgesellschaftliche Organisationen ermutigt, diese Themen aufzugreifen und die finanziellen Abläufe in diesem Sektor besser zu verstehen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Länder wurden Zahlen über die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor veröffentlicht. Dies wird als großer Fortschritt betrachtet.

Aber zugleich weist die Zwischenbilanz auch auf die Grenzen von EITI hin. Vielen Befragten, ob von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Unternehmen, ist bewusst, dass die Korruption im Rohstoffsektor allein mit EITI nicht zu bekämpfen ist. Denn die Zahlungsflüsse zwischen den Rohstoffunternehmen und den nationalen Regierungen machen nur einen Teil der gesamten Wertschöpfungskette der Rohstoffe aus. Korruption kann aber bereits bei der Exploration von Lagerstätten, der Vergabe von Konzessionen und der Vereinbarung von Förderverträgen oder Produktionsteilungsabkommen im Spiel sein.

Um Korruption im Rohstoffsektor effektiv zu bekämpfen, müsste die gesamte Entscheidungskette über den Rohstoffabbau transparent gestaltet sein. Gegen eine entsprechende Ausweitung des Mandats von EITI gibt es aber erhebliche Widerstände seitens der Regierungen und Unternehmen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wenn aber ein *business as usual* trotz EITI möglich ist, dann stellt dies langfristig die gesamte Initiative in Frage.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen aus der zentralafrikanischen Region, dass die EITI-Berichte nur geringe Aussagekraft besitzen, solange sie nur aggregierte und unvollständige Daten enthalten. Denn derartige Berichte spiegeln weder die tatsächlichen Rohstoffeinnahmen in den jeweiligen Ländern wider noch zeigen sie, ob die Unternehmen einen fairen Preis für die abgebauten Rohstoffe bezahlen und in angemessenem Umfang Steuern entrichten.

Angesichts dieser Erfahrungen ist eine Weiterentwicklung der Transparenzregelungen im Rohstoffsektor sowohl innerhalb als auch außerhalb des EITI-Prozesses notwendig. Dies schließt insbesondere die folgenden Maßnahmen ein:

1. Verbesserung der Aussagekraft der EITI-Berichte

Die Zukunft von EITI hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Relevanz, Aussagekraft und Verbreitung der nationalen EITI-Berichte zu verbessern. Dazu wären die folgenden Schritte notwendig:

- Alle Unternehmen aus dem extraktiven Sektor eines Landes müssen sich ohne Ausnahme am EITI-Prozess beteiligen, auch jene, die sich erst in der Explorationsphase befinden. Nur so können vollständige und umfassende Daten erhoben werden. Dazu müssen, wo erforderlich, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen in den jeweiligen Ländern geschaffen werden.
- Die Veröffentlichung von nach Projekten und Unternehmen disaggregierten Daten ist notwendig, um Zahlungen zwischen Unternehmen und Regierungen effektiv nachverfolgen zu können.
- Diskrepanzen zwischen den deklarierten Zahlungen der Unternehmen und den veröffentlichten Einnahmen der Regierungen müssen im Rahmen von EITI geklärt werden. Diese Aufgabe sollte ausdrücklich auch in die *Terms of Reference* für die Anfertigung der EITI-Berichte aufgenommen werden.
- Die EITI-Berichte müssen in eine allgemeinverständliche Sprache übertragen und weiter verbreitet werden, damit sie nicht nur einem kleinen Insiderkreis zugänglich sind. Dies ist bereits Teil der EITI-Kriterien, bedarf aber der verbesserten Umsetzung.
- Wo immer es sinnvoll ist, sollte EITI auch auf der lokalen und regionalen Ebene umgesetzt und so näher an die Lebensrealität der Menschen gebracht werden. Die ZAR und DRK sind dabei, dies umzusetzen.
- Der informelle Sektor sollte in den Berichten berücksichtigt werden, da er in einigen Ländern den größten Wirtschaftszweig darstellt und einen erheblichen Teil der Rohstoffeinnahmen generiert.

2. Ausweitung der Transparenzregeln auf die gesamte Wertschöpfungskette

Die Untersuchungen in der zentralafrikanischen Region haben gezeigt, dass die Verbesserung der Transparenz der Zahlungsflüsse im Rahmen von EITI nur einen kleinen Ausschnitt der Probleme rohstoffreicher Länder adressiert.

- Notwendig ist die erhöhte Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um die Beziehungen zwischen Rohstoffunternehmen und staatlichen Stellen offenzulegen und Korruption zu erschweren.
- Außerdem bedarf es starker Institutionen, die in der Lage sind, Korruption zu sanktionieren. Dies ist bisher nicht Bestandteil von EITI. Die Weltbank lieferte bereits mit ihrem Modell des „EITI++“ einen Vorschlag, um die Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu erhöhen. Sie hat diesen Vorschlag aber selbst nicht aktiv weiterverfolgt.⁶²
- Notwendig ist daher die Weiterentwicklung von EITI, damit die Initiative auch nationale Prozesse zum Abbau von Korruption und zur Verbesserung der Rohstoffgovernance unterstützt. Dies könnte z. B. durch die Einführung eines höheren Standards innerhalb von EITI geschehen, der eine Weiterentwicklung des jetzigen *Compliant*-Status bedeute.

⁶² Das „EITI++“-Modell der Weltbank versteht sich als Weiterentwicklung von EITI – auch über den Bereich der Transparenz hinaus. Die Weltbank beschreibt das Modell folgendermaßen: *“The original EITI called for the full publication and verification of company payments and government revenues from oil, gas, and mining. Since sustainable development requires paying attention to the whole process of natural resource utilization, EITI++ complements EITI’s focus on transparency in reporting revenues. It will provide governments with a slate of options including technical assistance and capacity building for improving the management of resource-related wealth for the benefit of the poor. Through technical assistance, EITI++ aims to improve the quality of contracts for countries, monitoring operations and the collection of taxes and royalties. It will also improve economic decisions on resource extraction, managing price volatility, and investing revenues effectively for national development.”* (World Bank, World Bank Group and Partners Launch EITI++, Press Release, April 12, 2008).

3. Stärkung und Schutz zivilgesellschaftlicher Gruppen

Die PWYP-Gruppen, die in den EITI-Gremien vertreten sind und dort eine aktive Rolle spielen, müssen gestärkt werden.

- Dies gilt sowohl für die Entwicklung fachlicher Kapazitäten (*capacity development*) als auch für die finanzielle Unterstützung. Nur so werden sie in der Lage sein, ihre *Watchdog*-Funktion wahrzunehmen und die Initiative konstruktiv voranzutreiben.

Der Schutz der zivilgesellschaftlichen Aktivisten in den nationalen EITI-Komitees, aber auch außerhalb von EITI, ist die wesentliche Voraussetzung dafür, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Kontrollfunktion wahrnehmen und damit dem Prozess die notwendige Glaubwürdigkeit verleihen können.

- Die Regierungen der Rohstoffländer müssen den Schutz sowie die Bewegungs- und Meinungsfreiheit der zivilgesellschaftlichen Aktivisten in den nationalen EITI-Gremien uneingeschränkt garantieren. Die Regierungen der Unterstützerländer müssen dafür Sorge tragen, dass die zivilgesellschaftliche Beteiligung innerhalb von EITI uneingeschränkt gewährleistet ist.

4. Länderbezogene Berichtspflichten (*country-by-country reporting*) über EITI hinaus

Um die Transparenz zu verbessern, bedarf es dringend weiterer begleitender Maßnahmen, die verhindern, dass Unternehmen sich der Auskunftspflicht verweigern können. Ein Schlüssel dazu wären länderbezogene Berichtspflichten (*country-by-country reporting*). (Rohstoff-) Konzerne müssten danach in ihren Jahresabschlüssen und Finanzberichten für alle Tochterunternehmen und Beteiligungen lückenlos offen legen, in welchen Ländern sie in welchem Umfang Umsätze tätigen, Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen. Auf diese Weise erhielte man Anhaltspunkte, ob die gezahlten Steuern im Verhältnis zu Umsatz, ausgewiesenem Gewinn und den jeweiligen lokalen Steuersätzen angemessen sind, oder ob das Unternehmen seine Gewinne gezielt in Steuer-oasen verlagert.⁶³

⁶³ Vgl. dazu ausführlich Martens/Obenland (2011), S. 39ff.

In den USA sind solche Pflichten für den extraktiven Sektor erstmals im *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* verankert worden.⁶⁴ Abschnitt 1504 dieses 850 Seiten umfassenden Gesetzes schreibt vor, dass US-amerikanische und ausländische Firmen, deren Aktien an einer US-amerikanischen Börse gehandelt werden und die im weitesten Sinne im extraktiven Sektor zu verorten sind, offenlegen müssen, wie viel sie Regierungen für den Zugang und den Abbau von Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen zahlen. Die Zahlen müssen auf Länder- und Projektbasis an die US-Börsenaufsicht SEC (U.S. Securities and Exchange Commission) gemeldet und von dieser elektronisch veröffentlicht werden. Im Einzelnen sieht der *Dodd-Frank Act* vor, dass die folgenden Daten veröffentlicht werden:

- die Gesamtsumme aller Zahlungen, nach Kategorie (Steuern, Förderzinsen etc.);
- die Währung, in der diese Zahlungen geleistet wurden;
- die Finanzberichtsperiode, in der diese Zahlungen geleistet wurden;
- das Geschäftssegment des börsennotierten Rohstoffkonzerns, durch den die Zahlungen geleistet wurden;
- die Regierung, die die Zahlung erhielt und das Land, in dem die Regierung ansässig ist;
- das Projekt des börsennotierten Rohstoffkonzerns, auf das sich die Zahlung bezieht; und
- weitere Informationen, die die SEC im öffentlichen Interesse oder zum Zwecke des Investorenschutzes für notwendig oder angebracht erachtet.

Die SEC sollte ursprünglich bis April 2011 Umsetzungsregelungen zu diesem Abschnitt des *Dodd-Frank Act* vorlegen. Sie hat diese Frist überschritten und eine Veröffentlichung nun für den Zeitraum August-Dezember 2011 angekündigt. Nur wenn strikte Umsetzungsregeln beschlossen werden, kann das Gesetz tatsächlich zu einer lückenlosen Offenlegung der Finanzflüsse von Rohstoffkonzernen führen.

Angestoßen durch diese US-amerikanischen Regelungen wird auch auf **EU-Ebene** wieder verstärkt über länderbezogene Transparenzregeln für transnationale Unternehmen diskutiert. Derzeit wird diskutiert, die Transparenzanforderungen wie in den USA zunächst auf den extraktiven Sektor zu konzentrieren. Derartige Regelungen könnten zum Beispiel in der überarbeiteten Fassung der Transparenzrichtlinie der EU (*Transparency Obligations Directive, TOD*) von 2004 verankert werden.⁶⁵ Im Herbst 2011 will die Europäische Kommission den Entwurf für eine überarbeitete Richtlinie vorlegen. Die EU sollte dies zum Anlass nehmen und Transparenzvorschriften nach dem Vorbild des *Dodd-Frank Act* verbindlich festlegen.

⁶⁴ Vgl. dazu Brot für die Welt/Misereor/Global Policy Forum Europe (2011).

⁶⁵ Ihr genauer Titel lautet: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG.

Literaturverzeichnis

Asfaha, Samuel G. (2008): Economic Policy in Mineral-Rich Countries. Genf: UNRISD.

Auty, Richard (2006): From Mining Enclave to Economic Catalyst: Large Mineral Projects in Developing Countries. In: Brown Journal of World Affairs, Vol. 13: 135–146.

Bermúdez-Lugo, Omeyra (2011): The Mineral Industries of Central African Republic, Côte d'Ivoire, and Togo. In: U.S. Geological Survey (2011): 2009 Minerals Yearbook. Central African Republic, Côte d'Ivoire, and Togo (Advance Release). Reston, VA.

BMZ (2010): Entwicklungspolitisches Strategiepapier. Extraktive Rohstoffe. Bonn.

Brot für die Welt/Misereor/Global Policy

Forum Europe (2011): Offenlegungspflichten von Rohstoffkonzernen im Dodd-Frank Act. Hintergrundinformation – April 2011.

Collier, Paul (2007): Laws and Codes for the 'Resource Curse'. Oxford: Oxford University.

Cossé, Stéphane (2006): Strengthening Transparency in the Oil Sector in Cameroon: Why does it matter? Washington, D.C.: IMF (IMF Policy Discussion Paper PDP/06/02).

EG Justice (2011): Disempowered Voices: The Status of Civil Society in Equatorial Guinea. Washington, D.C.

EITI Equatorial Guinea (2010): First Report on the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) 2007 – 2008. Malabo: Ministry of Finance and Budget, National EITI Coordination Office.

EITI Secretariat (2011): Progress Report 2009–2011. Transparency Counts. Oslo.

Favennec, Jean-Pierre (2003): L'importance et le rôle du pétrole en Afrique de l'ouest. Rueil-Malmaison: Institut français du pétrole.

Gauthier, Bernard/ Zeufack, Albert (2009):

Governance and oil revenues in Cameroon. Oxford: Oxford University (Oxford Center for the Analysis of Resource Rich Economies, Paper 38).

Germany Trade and Invest (2009): Wirtschaftstrends kompakt. Gabun. Köln.

Heinrich Böll Stiftung (2009): Energy Futures? Eni's investment in tar sands and palm oil in the Congo Basin. Berlin.

Hinojosa, Leonith et al. (2010): Social Policy and State Revenues in Mineral-Rich Contexts. Genf: UNRISD (Social Policy and Development Programme Paper Number 44, September 2010).

International Alert (2005): Conflict-Sensitive Business Practice: Guidance for Extractive Industries. London.

ITIE RCA (2010): Rapport final: Validation de l'Initiative de Transparence des Industries Extractives de la République Centrafricaine. GoodCorporation (11 novembre 2010).

Jensen, Nathan/Wantchekon, Leonard (2004): Resource Wealth and Political Regimes in Africa. In: Comparative Political Studies Vol. 37 No.7 (September 2004): 816–841.

Johnson, Dominic (2011): Malaysia soll in Ostkongos Bergbau aufräumen. In: taz, 24. Mai 2011.

Kabemba, Claude (2008): The Search for Responses to Resource Curse. Resource Insight, Issue No. 6, May 2008. Johannesburg: Southern Africa Resource Watch.

Kappel, Robert/ Müller, Marie (2007): Großes Wirtschaftswachstum in Afrika – die große Wende? Hamburg: GIGA (GIGA Focus Nummer 6, 2007).

Karl, Terry L. (1997): The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States. Los Angeles/London: University of California Press.

Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2011):

UmSteuern. Folgen von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung für die Länder des Südens – und was dagegen zu tun ist. Aachen/Bonn/Osnabrück: MISEREOR/Global Policy Forum Europe/terre des hommes.

Miankeol, Djéralar (2010): Vivre avec le Pétrol. Etude sur les conditions de vie des villages en zone pétrolière de Doba au Tschad. Moundou/Berlin: Groupe Tschad.

Oranje, Mabel van/ Parham, Henry (2009): Publishing What We Learned. An Assessment of the Publish What You Pay Coalition. London: PWYP.

Présidence de la République Démocratique du Congo (2005): Décret portant Création, organisation et fonctionnement du Comité National de l'Initiative pour la Transparence dans la Gestion des Industries Extractives (CN-ITIE/RDC). Kinshasa (Décret n° 05/160 du 18 novembre 2005).

Présidence de la République du Tschad (2007): Décret portant institution du mécanisme de mise en oeuvre et de suivi de l'ITIE. N'Djamena (n° 1074/PR/PM/MP/2007 du 17 décembre 2007).

PriceWaterhouseCoopers (2009): République Démocratique du Congo. Initiative pour la Transparence dans la gestion des Industries Extractives en RDC «ITIE». Rapport du Conciliateur Indépendant Exercice 2007.

Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2010): Follow-up and Implementation Committee of the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in Cameroon. Comparison of figures and volumes within the framework of the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in Cameroon for the 2006, 2007 and 2008 fiscal years. Yaoundé.

Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2007): Committee for the follow up of Cameroon Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Reconciliation of the financial and physical flows as regards the Cameroon EITI for the year 2005. Yaoundé.

Republic of Cameroon, Ministry of Finance (2006): Committee for the follow up of Cameroon Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Reconciliation of the financial and physical flows as regards the Cameroon EITI for the years 2001 to 2004. Yaoundé.

Revenue Watch Institute/ Transparency International (2010): Revenue Watch Index 2010. Transparency: Governments and the Oil, Gas and Mining Industries. New York/Berlin.

Rosser, Andrew (2006): The Political Economy of the Resource Curse: A Literature Survey. Brighton: Institute of Development Studies (IDS working paper 268).

Runge, Jürgen (2008): Geologische Ressourcen und Transparenz im Rohstoffsektor Zentralafrikas – eine GTZ Fallstudie. In: Walther, Sabine et al. (Hrsg.) (2010): Africa 2008 – Resources, Research and Regulations. Zentralblatt für Geologie und Paläontologie Teil I, Jg. 2008, Heft 1/2: 107–125. Stuttgart.

Secours Catholiques (2011): Congo-Brazzaville. Le pétrole ne coule pas pour les pauvres. Paris.

Shaxson, Nicholas (2009): Nigeria's Extractive Industry Transparency Initiative. Just a glorious audit? London: Chatham House.

Stürmer, M./ Buchholz, P. (2009): Government Revenues from the Extractive Sector in Sub-Saharan Africa – a potential for funding the United Nations Millennium Development Goals? Hannover: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

The World Bank Group (2009): The World Bank Group Program of Support for the Chad-Cameroon Petroleum Development and Pipeline Construction. Program Performance Assessment Report. (Report No.: 50315).

Transparency International (2010): Corruption Perception Index 2010. Berlin.

Treydte, Klaus-Peter (2011): Zentralafrika vor neuem Aufbruch? Hamburg: GIGA (GIGA Focus Nr. 2, 2011).

UNCTAD (2007): World Investment Report 2007. Transnational Corporations, Extractive Industries and Development. Genf.

UNDP (2010): Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

UNDP (2003): Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Die Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Wagner, Markus et al. (2007): Zertifizierte Handelsketten im Bereich mineralischer Rohstoffe. Projektstudie. Hannover: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

World Bank (2008): Democratic Republic of Congo. Growth with Governance in the Mining Sector. Washington, D.C.: World Bank, Oil/Gas, Mining and Chemicals Department (Report No. 43402-ZR).

Abkürzungen

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AfDB	African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
BAIE	Bureau d'Achats et d'Import-Export (zentralafrikanische Aufkaufbüros von Gold und Diamanten)
Bcf	Billion cubic feet (Mrd. Kubikfuß)
BEAC	Banque des Etats de l'Afrique Centrale (Bank der Zentralafrikanischen Staaten)
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CCSRP	Collège de Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières (Kontrollgremium über Erdöleinnahmen im Tschad)
CDJP	Commission Diocésaine Justice et Paix
CEMAC	Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale (Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft)
CIONGCA	Conseil Inter ONG en Centrafrique (zivilgesellschaftliche Plattform in der ZAR)
CNPC	China National Petroleum Company
CONAC	Commission Nationale Anti-Corruption (Nationale Kommission gegen Korruption in Kamerun)
CSO	Civil Society Organisation
DRK	Demokratische Republik Kongo
EIA	U.S. Energy Information Administration
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FCFA	Franc de la Communauté Financière en Afrique (Währung der Afrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft)
FMI	Fonds Monétaire International (IWF)
GI	Groupe d'Intérêt (Interessengruppe, die für die Umsetzung von EITI in Gabun zuständig ist)
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
HDI	Human Development Index (Index für menschliche Entwicklung)
IAG	International Advisory Group (Gruppe zur Ausarbeitung der Struktur von EITI)
ICMM	International Council on Mining and Metals
ITIE	Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives (EITI)
IMF	International Monetary Fund
IWF	Internationaler Währungsfonds
k.A.	Keine Angaben
MPI	Multidimensional Poverty Index

NRO	Nichtregierungsorganisation
PCQVP-PCQVG	Coalition Tchadienne Publiez Ce Que Vous Payez – Publiez Ce Que Vous Gagnez (PWYP Tschad)
PSA	Production Sharing Agreement (Produktionsteilungsabkommen)
PWYP	Publish What You Pay
RPDH	La Rencontre de la Paix et les Droits de l’Homme (kongolesische Menschenrechtsorganisation)
RRN	Réseau Ressources Naturelles (Netzwerk, das sich im Bereich des Abbaus natürlicher Ressourcen und für Bürgerrechte in der DRK engagiert)
RWI	Revenue Watch Institute (internationale NRO, die sich für Transparenz im Rohstoffsektor engagiert)
SEC	U.S. Securities and Exchange Commission (US-Börsenaufsicht)
SNH	Société Nationale des Hydrocarbures (nationales Ölunternehmen in Kamerun)
SNPC	Société Nationale des Pétroles Congolais (kongolesischer Staatskonzern)
SONARA	Société Nationale de Raffinage (staatliche Ölraffinerie in Kamerun)
TOD	Transparency Obligations Directive (Transparenzrichtlinie der EU)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
ZAR	Zentralafrikanische Republik

Anhang 1: Struktur der EITI-Komitees in den Ländern Zentralafrikas

Äquatorialguinea

Ministerkomitee (*Ministerial Committee*)

- Präsident: Finanzminister
- Vize-Präsident: Minister für Bergbau, Industrie und Energie
- Minister für Planung, wirtschaftliche Entwicklung und öffentliche Ausgaben
- Repräsentant des Finanzministers
- Repräsentant des Ministers für Bergbau, Industrie und Energie
- Staatssekretär für Planung, wirtschaftliche Entwicklung und öffentliche Ausgaben
- Staatssekretär für Wirtschaft und Handel
- Staatssekretär für die Staatskasse und den Staatshaushalt

Technisches Komitee (*Technical Committee*)

Regierungsvertreter

- Präsident: Staatssekretär für Planung, wirtschaftliche Entwicklung und öffentliche Ausgaben
- Vize-Präsident: Staatssekretär für Wirtschaft und Handel
- Sekretariat (Secretary)
- Generalinspektor des Ministeriums für Wirtschaft und Handel
- Generaldirektor des Staatshaushalts und der Nicht-arbeitenden Bevölkerung
- Erdöldirektor des Ministeriums für Bergbau, Industrie und Energie
- Direktor für Steuern und Abgaben
- Generalschatzmeister
- Generaldirektor für Wirtschaft
- Generaldirektor für Statistiken
- Nationaldirektor der BEAC
- Generaldirektor für Zölle
- Generaldirektor und Kabinettschef des Finanzministeriums
- Generaldirektor für Wirtschaftsprüfung und Erdölvorgänge
- Kontrolleur der Staatskasse
- Direktor von GEPetrol
- Finanzdirektor von GEPetrol

Privatsektor

- Mobil Ecuatorial Guinea (MEGI)
- Maratón E.G. Production Limited (MEGPL)
- Noble Energy
- Hess
- Ophir Energy
- Gepetrol
- Sonaga

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft

- 5 Parteimitglieder
- 5 Vertreter von Verbänden
- 3 Repräsentanten von CSOs
- 2 Repräsentanten von Religionsgemeinschaften

Demokratische Republik Kongo

Exekutivkomitee (*Comité Exécutif*)

- Präsident: Planungsminister (Ministre du Plan)
- Vize-Präsident: Bergbauminister
- Vize Präsident: Umweltminister

Regierungsvertreter (8)

- Repräsentant des Planungsministeriums
- Repräsentant des Präsidenten
- 2 Repräsentanten aus dem Büro des Premierministers
- Repräsentant des Umweltministeriums
- Repräsentant des Finanzministeriums
- Repräsentant des Erdölministeriums
- Repräsentant des Bergbauministeriums

Mitglieder aus dem privaten und parastaatlichen Sektor (4)

- Repräsentant der staatlichen Bergbaukonzerne: Gécamines
- Repräsentant der privaten Bergbaukonzerne: Kamoto Copper Company (KCC)
- Repräsentant der Erdölunternehmen: Perenco-REP MIOC
- Repräsentant der Holzunternehmen: Noch nicht ausgewählt

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (4)

- Repräsentant der Zivilgesellschaft im Bergbausektor: Nouvelle Dynamique Syndicale (NDS)
- Repräsentant der Zivilgesellschaft im Erdölsektor: Centre de Promotion et d'Éducation des Communautés de Base (CEPECO)
- Repräsentant der Zivilgesellschaft aus dem Holzsektor: Réseau Ressources Naturelles (RRN)
- Repräsentant eines internationalen Netzwerks: Publish What You Pay DRK

Technisches Sekretariat (*Secrétariat Technique*)

Der Koordinator wurde per Dekret vom Präsidenten bestimmt, die übrigen Angestellten durch die Weltbank ausgewählt.

Mitglieder von PWYP DRK

- Nationale Koordination: Association Africaine de Droits de l'Homme (ASADHO)
- Exekutivsekretariat: Femme et Justice Economique (FJE)
- Cercle pour la défense de l'environnement (CEDEN)
- Centre national d'Appui au Développement et à la Participation Populaire (CENADEP)
- Centre pour la Promotion et l'Éducation des Communautés de base (CEPECO)
- Conseil Régional des ONGs (CRONGD)
- Groupe d'Appui d'exploitants en Ressources Naturelles
- Ligue contre la Corruption (LICOCO)
- Maniema Liberté (MALI)
- Organisation concertée des Ecologiste et Amis de la Nature (OCEAN)
- Réseau Ressources Naturelles (RNN)

Gabun

Interessengruppe (*Groupe d'Intérêt*)

Regierungsvertreter (5)

- Präsident: Direktor des Cabinet Privé des Präsidenten
- Vize-Präsident: Wirtschafts- und Finanzberater des Premierministers
- Technischer Sekretär: Finanzberater des Ministers für Wirtschaft, Finanzen, Staatshaushalt und Privatisierung
- 2 Repräsentanten des Ministeriums für Bergbau, Energie, Öl und Wasser.

Mitglieder aus dem Privatsektor (3)

- Repräsentant der Bergbaukonzerne: Comilog
- 2 Repräsentanten der Erdölunternehmen: Total Gabon und Marathon

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (6)

- Repräsentant des Economic and Social Council
- Repräsentant der Religionsgemeinschaften
- Repräsentant der NROs
- Repräsentant von Publish What You Pay Gabun
- ein Parlamentsabgeordneter
- ein Vertreter der Medien

Arbeitsgruppe (*Groupe de Travail*)

- Präsident: Direktor des Cabinet Privé des Präsidenten
- Vize-Präsident: Wirtschafts- und Finanzberater des Premierministers
- Technischer Sekretär: Finanzberater des Ministers für Wirtschaft, Finanzen, Staatshaushalt und Privatisierung

Mitglieder

- Repräsentant der Kommission zur Bekämpfung der illegalen Bereicherung
- Technischer Berater zu Erdölfragen des Ministeriums für Wirtschaft, Finanzen, Staatshaushalt und Privatisierung
- Repräsentant des Ministeriums zur Kontrolle des Staates
- Repräsentant der Generaldirektion für Erdöl
- Repräsentant der Generaldirektion für Bergbau
- Repräsentant der Generaldirektion für Steuern
- Repräsentant der Generaldirektion zur Verwaltung der Staatskasse
- Repräsentant der Generaldirektion für Zölle und indirekte Steuern

Mitglieder von PWYP Gabun

Afrique Horizon, ALCR, Amis du Pangolin, ANPH, BD Boom, Brainforest, Caritas, Cris de Femmes, FEMO/COSYGA, Formation Nouvelle, Grace Land, Justice et Paix, Mouetsa, OND, Overcaf, Prometra, Regosida, Renames, RENAPS/AJ, Scouts, SENA, SOJECS, SYGEF, Theopolis, UGSR, UPSA, USAP.

Kamerun

Entscheidungsgremium (*Comité de Suivi*)

- Vorsitz durch den Finanzminister

Regierungsvertreter und Parastaatlicher Organisationen (6)

- Repräsentant des Präsidenten
- Repräsentant des Premierministers
- Industrieminister oder sein Repräsentant
- Justizminister oder sein Repräsentant
- Verwaltungsdirektor des nationalen Ölunternehmens (Société Nationale des Hydrocarbures)
- Präsident der CONAC (Commission Nationale Anti-Corruption)

Mitglieder aus dem Privatsektor (6)

- Generaldirektor TOTAL E&P Kamerun
- Generaldirektor PECTEN Kamerun
- Generaldirektor PERENCO Kamerun
- Generaldirektor GEOVIC Kamerun
- Präsident der Industrie-, Bergbau-, Handwerks- und Handelskammer
- Präsident der Arbeitgebervereinigung Kameruns

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (12)

- 2 Parlamentsabgeordnete, davon ein Repräsentant der Regierungspartei und ein Repräsentant aus der Opposition
- Präsident von Transparency International, Sektion Kamerun
- 3 Repräsentanten von CSOs
- 3 Repräsentanten der Gebietskörperschaften
- Präsident der Vereinigung kamerunischer Journalisten
- 2 Repräsentanten von Religionsgemeinschaften

Technisches Sekretariat (*Secrétariat Technique*)

- Koordinatorin: Agnès Solange Ondigui Owona

Mitglieder aus dem Privatsektor (6)

- Generaldirektor TOTAL Kamerun
- Generaldirektor PECTEN Kamerun
- Generaldirektor PERENCO Kamerun oder sein Repräsentant
- Generaldirektor GEOVIC Kamerun
- Präsident der Industrie-, Bergbau-, Handwerks- und Handelskammer
- Präsident der Arbeitgebervereinigung Kameruns

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (9)

- 2 Parlamentsabgeordnete, davon ein Repräsentant aus der Regierungspartei und ein Repräsentant aus der Opposition
- Präsident von Transparency International, Sektion Kamerun
- 3 Repräsentanten von NROs
- 3 Repräsentanten der Gebietskörperschaften

Mitglieder von PWYP Kamerun

- Sekretariat: Service National „Justice et Paix“ (SNJP) / Conférence Episcopale Nationale du Cameroun (CENC)
- Service Œcuménique pour la Paix (SeP)
- Fondation Camerounaise d'Actions Rationalisées et de Formation sur l'Environnement (FOCARFE)
- Transparency International Cameroun (TIC)
- Centre pour l'Environnement et le Développement (CED)
- Réseau de Lutte contre la Faim (RELUFA)
- Environnement Recherche Action-Cameroun (ERA)
- AGAGES Management Consultant
- Réseau National Anticorruption (RENAC)
- Dynamique Mondiale des Jeunes (DMJ)

Republik Kongo

Exekutivausschuss (*Comité Exécutif*)

- Präsident: Repräsentant des Finanzministeriums
- 2 Vize-Präsidenten: aus Zivilgesellschaft (PWYP/RDPH) und Privatsektor (TOTAL E&P CONGO)

Regierungsvertreter und Parastaatliche Organisationen (10)

- Repräsentant des Präsidenten
- Repräsentant des Premier Ministerium
- 2 Repräsentanten des Finanzministeriums
- 2 Repräsentanten des Erdölministeriums
- 2 Repräsentanten des Bergbauministeriums
- 2 Repräsentanten des staatlichen Erdölkonzerns SNPC

Mitglieder aus dem Privatsektor (5)

- Repräsentant von ENI Congo
- Repräsentant von Morel&Prom Congo
- Repräsentant von Chevron Congo
- Repräsentant von Congorep
- Repräsentant von Murphy West Africa

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (5)

- Publiez ce que vous payez (PWYP)
- Comité de liaison ONG
- Groupe thématique pétrole DSRP
- Fédération Nationale des Jeunesses Individualités du Congo (FNJIC)
- Centre d'Echange, d'Appui et de Renforcement des Capacités (CEPAREC)

Beratender Ausschuss (*Comité Consultatif*)

- Vorsitz durch den Erdölminister

Regierungsvertreter und Parastaatliche Organisationen (3)

- Repräsentant des Erdölministeriums
- Repräsentant des Bergbauministeriums
- Repräsentant des staatlichen Erdölkonzerns SNPC

Mitglieder aus dem Privatsektor (2)

- Repräsentant von Total
- Repräsentant von Soco E&P Congo

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (2)

- Repräsentant von PWYP
- Repräsentant der Groupe Coopératif Mutuel des Paysans

Exekutivsekretariat (*Secrétariat Exécutif*)

Mitglieder von PWYP Kongo

- Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture (ACAT)
- Action Evangélique pour la Paix (AEP)
- Association pour les Droits de l'Homme et l'Univers Carcéral (ADHUC)
- Commission Diocésain Justice et Paix (CDJP Ponte Noire)
- Fondation NIOSI
- Observatoire Congolais des Droits de l'Homme (OCDH)
- Rencontre pour la Paix et les Droits de l'Homme (RDPH)

Tschad

Nationaler Ausschuss (*Haut Comité National*)

- Präsident: Erdöl- und Energieminister
- Vize-Präsident: Koalition PWYP, repräsentiert durch Maoundonji Gilbert

Regierungsvertreter (11)

- Repräsentant des Präsidenten
- Repräsentant des Premier Ministers
- Repräsentant des Finanzministeriums
- Repräsentant des Erdöl- und Energieministeriums
- Repräsentant des Bergbauministeriums
- Repräsentant des Kommunikationsministeriums
- Repräsentant des Generalsekretariats der Regierung
- Repräsentant des CCSRP
- 2 Parlamentarier
- Repräsentant des Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrats

Mitglieder aus dem Privat und Parastaatlichen Sektor (6)

Staatliche Konzerne:

- 2 Repräsentanten der Société des Hydrocarbures Tchadienne (SHT)
- 2 Repräsentanten der Société Tchadienne d'Exploitation des Carrières (SOTEC)

Internationale Konzerne:

- Repräsentant von Esso Tschad
- Repräsentant von China National Petroleum Company

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (10)

- 2 Repräsentanten von Gewerkschaften
- 2 Repräsentanten von Menschenrechtsorganisationen
- 2 Repräsentanten von Frauenorganisationen: Association des Femmes Arabophones und CELIAF
- 2 Repräsentanten der Journalistenvereinigung
- 2 Repräsentanten der Handelskammer

Lenkungsausschuss (*Comité de Pilotage*)

- Präsident: Commission Nationale Justice et Paix (Zivilgesellschaft)

Regierungsvertreter und Parastaatliche Organisationen (6)

- Repräsentant des Präsidenten
- Repräsentant des Finanzministeriums
- Repräsentant des Erdölministeriums
- Repräsentant des Bergbauministeriums
- Repräsentant des CCSRP
- Repräsentant des Premier Ministeriums

Mitglieder aus dem Privatsektor (2)

- Repräsentant der SHT
- Repräsentant von ESSO Tschad

Mitglieder aus der Zivilgesellschaft (2)

- Repräsentant der Commission Nationale Justice et Paix (CNJP)
- Repräsentant der Commission Permanente Pétrole N'Djaména (CPPN)

Sekretariat

- Präsident: Repräsentant der Commission Nationale Justice et Paix (Zivilgesellschaft)

Mitglieder von PWYP Tschad

- Commission Nationale Justice et Paix (CNJP)
- Cadre de concertation et de Développement du Logone Orientale (CACODELOR)
- Cellule de Liaison et d'Information des Associations féminines (CELIAF)
- Collectif des Associations de Droit de l'Homme (CADH)
- Comité de Réseau des Organisations de la Société Civile en Appui à la Population du Mayo Kebby (CROSCAP)
- Commission Permanente Pétrole N'Djaména (CPPN)
- Commission Permanente Pétrole Locale (CPPL)
- Groupe de Recherches et Alternatives et de Monitoring du Project Petrole Tchad-Cameroun (GRAMP TC);
- Réseau de Suivi des Activités Pétrolières au Moyen Chari (RESAP)
- Union des Journalistes du Tchad
- Maison de la presse du Tchad

Zentralafrikanische Republik**Nationalrat (Conseil National)**

Präsident: Premierminister

Vize-Präsident: Minister für Handel, Industrie sowie kleine und mittlere Unternehmen

Berichterstatter: Repräsentant der Zivilgesellschaft

Mitglieder (20):

- Minister für Bergbau, Energie und Öl
- Minister für Wirtschaft und internationale Zusammenarbeit
- Umweltminister
- Finanzminister
- Kommunikationsminister
- Wirtschafts- und Finanzberater des Präsidenten
- Repräsentant des Parlaments
- Repräsentant des Premierministeriums
- Repräsentant des Wirtschafts- und Sozialrats
- Repräsentant des Bergbauministeriums
- Repräsentant der Industrie- und Handelskammer
- 2 Repräsentanten der Bergbaugesellschaften
- Repräsentant der Aufkaufbüros
- 2 Repräsentanten der staatlichen Vereinigung der Bergbaukooperativen der ZAR (UNCMCA)
- Repräsentant des Conseil Inter ONG en Centrafrique (CIONGCA)
- Repräsentant der Bank der zentralafrikanischen Staaten (BEAC)
- Repräsentant der Geber (Bailleurs de Fonds)
- Repräsentant der multilateralen Partner

Lenkungsausschuss (Le Comité de Pilotage)

- Präsident: Bergbauminister
- Vize-Präsident: Direktor des Kabinetts des Bergbauministeriums
- Berichterstatter: Technischer Sekretär von EITI-ZAR

Mitglieder:

- 3 Repräsentanten des Bergbauministeriums
- 2 Repräsentanten des Finanzministeriums
- Repräsentant des Handelsministeriums
- Repräsentant des Ministeriums für Wirtschaft und internationale Kooperation
- Repräsentant des Umweltministeriums
- 2 Repräsentanten der Bergbaugesellschaften
- 2 Repräsentanten der Aufkaufbüros
- 2 Repräsentanten der Bergbauarbeiter
- 2 Repräsentanten der staatlichen Bergbaukooperativen der ZAR (UNCMCA)
- Repräsentant des Anwaltsverbands
- Repräsentant der zentralafrikanischen Menschenrechtsorganisationen
- Repräsentant der öffentlichen Medien
- Repräsentant der privaten Medien
- Repräsentant der Spitzenverbände der Gewerkschaften
- Repräsentant der Schüler und Studenten
- Repräsentant der Religionsgemeinschaften

Technisches Sekretariat (Le Secrétariat Technique)

- Technischer Sekretär
- Arbeitsstab (*Cellule*) zur Datensammlung
- Arbeitsstab zum Capacity-Building
- Arbeitsstab zur Information und Kommunikation
- Arbeitsstab zur Finanzverwaltung
- ein Anwalt
- eine Person zur Unterstützung

In diesen Arbeitsstäben sind zivilgesellschaftliche Organisationen, Regierungsvertreter und Unternehmen repräsentiert.

Mitglieder von PWYP ZAR

- CIONGAG (Conseil Inter ONG en Centrafrique)
- LCDH (Ligue Centrafricaine des Droits de l'Homme)
- OCDH (Observatoire Centrafricaine des Droits de l'Homme)
- Radio Ndéké Luka

Anhang 2: Liste der Interviewpartner

Name	Organisation
DRK	
Jean Claude Katende	ASADHO, Mitglied von PWYP und EITI sowie im internationalen EITI-Board
Léonie KIANGU	PWYP und Mitglied im EITI
Gabun	
Georges M'PAGA	Mitglied bei PWYP und EITI
Kamerun	
Agnes Solange Ondigui	Koodinatorin von EITI Kamerun
Bernard Dongmo	Sekretariat PWYP Kamerun
Honoré Ndoumbe	FOCARFE, Mitglied von PWYP und im EITI-Sekretariat
Samuel Nguiffo	CED, Mitglied von PWYP und im EITI-Komitee
Silvanus Binla	BASE/Caritas, Mitglied im EITI-Komitee
Justin Mabouth	SNJP, Mitglied von PWYP
Roger Kouokam	Geovic (Safety, Social & Environment Manager)
Anastasia Efoa	Geovic (Deputy General Manager)
Geerd Wurthmann	Dt. Botschaft
Faustin Koyasse	Senior Economist, Weltbank
Evelyne Tsague	Revenue Watch Institut / Accra
Valery Nodem	RELUFA, Mitglied von PWYP
Tim Fomete	Rainbow Consult
Republik Kongo	
Brice Mackosso	CDJP Pointe Noire; Mitglied bei PWYP und EITI
Christian Mounzeo	RDPH; Mitglied bei PWYP und EITI; Ehemaliges Mitglied im internationalen EITI-Board
Tschad	
Rimtebaye NASSINGAR	CPPN, Mitglied bei PWYP und EITI
Abbé Raymond Madjiro	Commission National Justice et Paix, Mitglied bei PWYP und EITI
ZAR	
Modeste GONDA	CICONGCA, Mitglied bei PWYP und EITI
Europa/USA	
Sarah Wykes	Unabhängige Expertin und Menschenrechtsaktivistin
Simon Taylor	Global Witness
Joseph Williams	PWYP International
Jürgen Runge	Früherer Koordinator GTZ-CEMAC-REMAP Projekt

Transparenz

– ein erster Schritt auf dem Weg zur Ressourcengerechtigkeit

Die Ausbeutung von mineralischen und fossilen Rohstoffen führt in vielen Ländern zu Menschenrechtsverletzungen, steigender Armut und Gewalt. Viele Partnerorganisationen von „Brot für die Welt“, MISEREOR und dem Global Policy Forum setzen sich für die betroffenen Menschen ein. Sie setzen sich dafür ein, dass die Betroffenen vom Rohstoffabbau in ihren Ländern profitieren. Eine Voraussetzung dafür, dass der Rohstoffreichtum den Menschen zugutekommt, ist Transparenz. Dies schließt auch die Offenlegung der Geldflüsse zwischen Rohstoffunternehmen und Regierungen ein.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2002 die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, die Transparenz der Zahlungsströme im Rohstoffsektor zu erhöhen. Nach fast zehn Jahren ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Hat EITI die eigenen Ansprüche erfüllt und tatsächlich dazu beigetragen, die Transparenz der Zahlungsflüsse zwischen Konzernen und Regierungen in den Rohstoffländern zu erhöhen, Korruption zu reduzieren, den Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft zu erweitern, die Rohstoffgovernance zu stärken und letztendlich Armut zu reduzieren?

Die Studie geht diesen Fragen anhand von Erfahrungen in den Ländern der zentralafrikanischen Region nach. Sie bestätigt, dass die Transparenz der Finanzflüsse im Erdöl- und Bergbausektor einen unverzichtbaren ersten Schritt auf dem Weg zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Rohstoffpolitik darstellt. EITI leistet dazu in vielen Ländern einen wichtigen Beitrag, stößt aber als freiwillige Initiative an ihre politischen Grenzen, wenn die Bereitschaft von Regierungen und Unternehmen zur ernsthaften Mitarbeit fehlt.

Die Studie kommt daher zu dem Schluss, dass angesichts der bisherigen Erfahrungen eine Weiterentwicklung der Transparenzregelungen im Rohstoffsektor sowohl innerhalb als auch außerhalb des EITI-Prozesses dringend erforderlich ist.

ISBN: 978-3-943126-02-0